



BRENNECKE TREUHAND GMBH
WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT

BIO-ZENTRUM HALLE GMBH

HALLE (SAALE)

BERICHT ÜBER DIE PRÜFUNG
DES JAHRESABSCHLUSSES ZUM 31. DEZEMBER 2012
UND DES LAGEBERICHTS FÜR
DAS GESCHÄFTSJAHR 2012



INHALTSVERZEICHNIS

BRENNECKE TREUHAND GMBH
WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT

	Seite
ANLAGENVERZEICHNIS	3
A. PRÜFUNGSaufTRAG	4
B. GRUNDSÄTZLICHE FESTSTELLUNGEN	6
I. Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch die Geschäftsführung	6
II. Entwicklungsbeeinträchtigende oder bestandsgefährdende Tatsachen	15
C. GEGENSTAND, ART UND UMFANG DER PRÜFUNG	16
D. FESTSTELLUNGEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR RECHNUNGSLEGUNG	20
I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung	20
1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	20
2. Jahresabschluss	21
3. Lagebericht	22
II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses	22
1. Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses	22
2. Wesentliche Bewertungsgrundlagen und deren Änderungen	22
III. Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	23
1. Vermögenslage (Bilanz)	23
2. Finanzlage (Kapitalflussrechnung)	29
3. Ertragslage (Gewinn- und Verlustrechnung)	31
E. FESTSTELLUNGEN AUS DEN ERWEITERUNGEN DES PRÜFUNGSaufTRA- GES	33
I. Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG	33
F. WIEDERGABE DES BESTÄTIGUNGSVERMERKS UND SCHLUSSBEMERKUNG	34



ANLAGENVERZEICHNIS

1. Bilanz zum 31. Dezember 2012
2. Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2012
3. Anhang für das Geschäftsjahr 2012
4. Lagebericht für das Geschäftsjahr 2012
5. Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers
6. Rechtliche und steuerliche Verhältnisse
7. Fragenkatalog zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse nach § 53 HGrG
8. Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2002



A. PRÜFUNGS-AUFTRAG

Die Gesellschafterversammlung der

Bio-Zentrum Halle GmbH,

Halle (Saale)

- im Folgenden auch kurz "Bio-Zentrum" oder "Gesellschaft" genannt -

hat uns beauftragt, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012 unter Einbeziehung der zugrunde liegenden Buchführung und den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2012 der Gesellschaft gemäß den Vorschriften der §§ 316 ff. HGB, nach berufsmäßigen Grundsätzen zu prüfen sowie über das Ergebnis unserer Prüfung schriftlich Bericht zu erstatten.

Dem Prüfungsauftrag vom 30. Oktober 2012 lag der Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 13. Oktober 2012 zugrunde, durch den wir gemäß § 318 Abs. 1 Satz 1 HGB zum Abschlussprüfer gewählt wurden. Wir haben den Auftrag unverzüglich angenommen.

Die Gesellschaft ist nach den in § 267 Abs. 1 HGB bezeichneten Größenmerkmalen als kleine Kapitalgesellschaft einzustufen und daher nicht prüfungspflichtig gemäß §§ 316 ff. HGB.

Gemäß Gesellschaftsvertrag richten sich die Anforderungen an den Jahresabschluss und den Lagebericht jedoch nach den Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften. Der Jahresabschluss und der Lagebericht sind aufgrund der Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages freiwillig gemäß §§ 316 ff. HGB zu prüfen.

Bei unserer Prüfung waren auftragsgemäß auch die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 2 HGrG zu beachten.

Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4 a HGB, dass wir bei unserer Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.



Über Art und Umfang sowie über das Ergebnis unserer Prüfung erstatten wir den nachfolgenden Bericht, der in Übereinstimmung mit den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450) erstellt wurde.

Der Bericht enthält in Abschnitt B. vorweg unsere Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch die Geschäftsführung.

Die Prüfungsdurchführung und die Prüfungsergebnisse sind in den Abschnitten C. und D. im Einzelnen dargestellt. Die Feststellungen aus der Erweiterung des Prüfungsauftrages werden im Abschnitt E. wiedergegeben. Der aufgrund der Prüfung erteilte uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wird in Abschnitt F. wiedergegeben.

Unserem Bericht haben wir den geprüften Jahresabschluss, bestehend aus der Bilanz (Anlage 1), der Gewinn- und Verlustrechnung (Anlage 2) und dem Anhang (Anlage 3) sowie den geprüften Lagebericht (Anlage 4) beigelegt.

Die rechtlichen und steuerlichen Verhältnisse haben wir in der Anlage 6 tabellarisch dargestellt.

Für die Durchführung des Auftrags und unsere Verantwortlichkeit, auch im Verhältnis zu Dritten, liegen die vereinbarten und diesem Bericht als Anlage beigelegten "Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2002" zugrunde. Die Höhe unserer Haftung ergibt sich aus Nr. 9 Abs. 2 und Abs. 3 der Allgemeinen Auftragsbedingungen. Im Verhältnis zu Dritten sind Nr. 1 Abs. 2 und Nr. 9 der Allgemeinen Auftragsbedingungen maßgebend.



B. GRUNDSÄTZLICHE FESTSTELLUNGEN

I. Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch die Geschäftsführung

Die Geschäftsführung hat im Lagebericht (Anlage 4) und im Jahresabschluss (Anlagen 1 bis 3), die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft beurteilt.

Gemäß § 321 Abs. 1 Satz 2 HGB nehmen wir als Abschlussprüfer mit den anschließenden Ausführungen vorweg zur Lagebeurteilung durch die Geschäftsführung im Jahresabschluss und im Lagebericht Stellung. Dabei gehen wir insbesondere auf die Beurteilung des Fortbestands und der zukünftigen Entwicklung der Gesellschaft unter Berücksichtigung des Lageberichts ein. Unsere Stellungnahme geben wir aufgrund unserer eigenen Beurteilung der Lage des Unternehmens ab, die wir im Rahmen unserer Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts gewonnen haben.

Folgende Kernaussagen in der Lagebeurteilung sind hervorzuheben:

Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Gegenstand der Gesellschaft ist die Errichtung und der Betrieb eines biologischen Forschungs-, Transfer- und Produktionszentrums in Halle (Saale), insbesondere die Förderung

- gemeinsamer Projekte der Wirtschaft und der Universität auf dem Gebiet der Biowissenschaft einschließlich der Bereitstellung von Labor- und Produktionsflächen sowie Arbeitsmöglichkeiten für neue Unternehmen im Bereich Biowissenschaften,
- von Einrichtungen, die auf diesem Gebiet mit der Universität zusammenarbeiten und
- von Forschungstätigkeiten der Universität selbst.

Vermietung des Forschungsverfügungsgebäudes

Unter den gesamtwirtschaftlichen Vorgaben und Rahmenbedingungen hatte für die Bio-Zentrum Halle GmbH die Sicherheit des Mieterbestandes und deren Betreuung hinsichtlich betriebs- und finanzwirtschaftlicher Problemstellungen erste Priorität, wobei wirtschaftliche Schwierigkeiten von Firmen zu Raumbedarfsverschiebungen führten, die wiederum Baumaßnahmen und damit Kosten nach sich zogen. Die frei gewordenen Flächen konnten an andere Firmen im Haus weitestgehend weitervermietet werden.



Es bestanden immer größere Schwierigkeiten, geschlossene Finanzierungsrunden für biotechnologisch ausgerichtete Start-Up-Unternehmen aufzubauen.

Positiv sei zu bewerten, dass für die Probiodrug AG eine weitere Finanzierungsrunde geschlossen wurde, so dass der Entwicklungsteil der Firma für den Zeitraum von zwei Jahren sicher finanziert ist, was in dieser Branche sehr selten sei.

Weiterhin laufen intensive Bemühungen aus dem Teil der angewandten Forschung der Probiodrug AG eine Fraunhofer Forschungsgruppe für Molekulare biomedizinische Forschung auszugründen, welche sowohl von Teilen des Kabinetts von Sachsen-Anhalt und vom Fraunhofer-Institut in Leipzig positiv evaluiert worden sei.

Es bestehe die Chance, dass zum Ende des II. Quartals 2013 eine Gründung erfolgt. Falls dies nicht gelänge, gäbe es die Variante eine gemeinnützige GmbH in Form eines An-Institutes zu gründen.

Sollte auch dies nicht gelingen, wird im Forschungsverfügungsgebäude der Bio-Zentrum Halle GmbH ab 01.10.2013 ein Leerstand von 1.740 m² entstehen.

Im Rahmen der Neustrukturierung der Forschungsstelle Max-Planck-Gesellschaft für Enzymologie wurde zum 31.12.2012 der Mietvertrag (ca. 1.000 m²) durch die Max-Planck-Gesellschaft gekündigt. Diese Flächen seien inklusive der Einrichtungen zum 01.01.2013 durch das Biokatalysezentrum an der Martin-Luther-Universität übernommen, so dass die Vermietung über 5 Jahre gewährleistet sei.

Durch die gesamtwirtschaftliche Situation in der Bundesrepublik Deutschland sei die Finanzierung von Unternehmen in der BIO-NANO-Branche sowohl bei Gründungen als auch in der Bestandspflege mit einem höheren Risiko behaftet. Da das Land Sachsen-Anhalt bereits Mitte des Geschäftsjahres 2007 die spezielle Förderung für die Biotechnologie ausgesetzt habe, sei es noch schwieriger geworden, sich gegen die Konkurrenz in den anderen Bundesländern beim Standortranking zu behaupten. Spezielle Kaltmietförderungen oder Betriebskostenzuschüsse in anderen Bundesländern durch die Landesregierungen oder die Träger der Einrichtungen führen zu einer extremen Wettbewerbsverzerrung.



Das 1998 fertig gestellte Forschungsverfügungsgebäude der Bio-Zentrum Halle GmbH lasse gegenwärtig bauseitig noch keine gravierenden Mängel erkennen, die einen ordnungsgemäßen Betrieb gefährden könnten. Es müsse jedoch bemerkt werden, dass die Instandhaltungskosten aufgrund des Dauerbetriebs der Haustechnik kontinuierlich weiter ansteigen und häufiger gesamte Anlagengruppen ausgetauscht werden müssten bzw. bei Nutzerwechsel höhere Aufwendungen für die Weitervermarktung notwendig seien.

Es müsse die grundsätzliche Frage der forschungsnahen Produktion für Entwicklungen von neuen Produkten für die Firmen geklärt werden, da diese sowohl für die Firmen als auch für den Standort "*weinberg campus*" von existenzieller Bedeutung sei.

Der Bau des Mehrzweckgebäudes schuf die Voraussetzung, dass die Icon GmbH, die durch den Verkauf kein Klein- und mittelständisches Unternehmen mehr sei, im Bio-Zentrum verbleiben könne, weil ein Flächenausgleich getätigt worden sei.

Durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie sei die Verweildauer von Firmen in Technologiezentren im Juli 2010 neu geregelt worden. Danach könnten kleineren und mittleren Unternehmen Räume auch über den Zeitraum von acht Jahren hinaus zur Verfügung gestellt werden, wenn im Anschluss daran eine Vermietung zu Marktpreisen erfolge und seitens anderer KMU kein Bedarf bestehe. Durch die Investitionsbank Sachsen-Anhalt sei bestätigt, dass ein Herauswachsen aus dem KMU-Status für den Verbleib in einem TGZ nicht förder-schädlich sei.

Mittelfristig sei nicht absehbar, dass sich die Firmen aus dem Haus so stabilisieren, dass mit einem Auszug in eigene Laborgebäude zu rechnen sei. Die geringen erwirtschafteten Überschüsse von Start-Up-Unternehmen werden in der Regel dazu verwendet, neue Forschungsgebiete aufzunehmen und damit die Präsenz am Markt zu sichern. Freie Flächen seien zeitnah im Gebäude der Bio-Zentrum Halle GmbH nur zu erwarten, falls Firmen wieder aufgrund fehlender Finanzmittel Insolvenzanträge stellten oder ausziehen müssten.



Projekte, Dienstleistungen, Vermarktung und Kooperation

Die Gesellschaft unterstützt die Gründung von start-up's und die Bestandspflege durch intensive Beratungen und Betreuungen.

Angewandte Forschung und unternehmerische Aktivitäten seien zu verknüpfen, wobei Schwerpunkte die biologischen, biomedizinischen und nanotechnologischen Fachrichtungen einschließlich der angrenzenden Gebiete seien, wobei den Firmen eine umfangreiche Infrastruktur zur Verfügung gestellt wird.

Konkrete Hilfe bei Aus- und Neugründungen seien Beratung für Firmengründer, spezifische Fördermittelinformationen und Venture Capital Informationen; Unterstützung bei Finanzierungsrounds; Hilfe bei Projektanbahnungen und -abrechnungen im Netzwerk; Unterstützung bei Präsentationen auf Messen und Tagungen.

Daneben erfolgt eine regionale und überregionale Vernetzung.

Diese Aufgaben werden im Wesentlichen im Rahmen der Betriebsführungsvereinbarung von der TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH wahrgenommen.

Mit der TGZ Halle TECHNOLOGIE UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH habe es im Geschäftsjahr 2012 wiederum zahlreiche Veranstaltungen zu verschiedenen einschlägigen Themen gegeben.

Dies erfolgte im Wesentlichen durch PR-Aktivitäten auf nationalen und internationalen Messen wie z. B. der BIO 2012 in Boston und anderen internationalen Veranstaltungen in Europa. Durch die Teilnahme an internationalen Kongressmessen und Foren leiten sich für die mittelständischen Unternehmen auf dem "*weinberg campus*" vielfältige Projekt- und Lieferbeziehungen ab.

Das Konzept "*weinberg campus*" und die damit verbundene gesamte Marketingstrategie seien zielgerichtet auf das Netzwerk ausgedehnt und erfolgreich im nationalen und internationalen Sprachgebrauch als Marke durchgesetzt.



Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr

Nach der Finanzkrise habe sich die gesamtwirtschaftliche Situation in der Bundesrepublik Deutschland für mittelständische Unternehmen weiter verbessert, wobei speziell in der BIO-NANO-Branche und angrenzender Gebiete die Finanzierung von Unternehmen sowohl bei Gründungen als auch in der Bestandspflege mit einem höheren Risiko behaftet und damit schwieriger sei. Das Land Sachsen-Anhalt habe wiederholt die Förderung für die Biotechnologie in Frage gestellt, so dass es auch künftig schwierig sein werde, sich beim Standortranking zu behaupten.

In diesem Unternehmensumfeld hatte für die Bio-Zentrum Halle GmbH die Sicherung des Mieterbestandes und deren Betreuung hinsichtlich betriebs- und finanzwirtschaftlicher Problemstellungen erste Priorität. Der derzeitige Mietzins konnte im Jahr 2012 beibehalten werden, wobei höhere zusätzliche nicht vergütete Aufwendungen sowohl im Dienstleistungssektor als auch durch die Übernahme von nichtvorgesehenen Instandsetzungen und Schönheitsreparaturen entstanden seien. Die Gebäude waren am Bilanzstichtag auch unter Einbeziehung der Daniel-Vorländer-Straße 8 zu 100% ausgelastet.

Bericht über den Fortgang der Investitionstätigkeit

Momentan seien keine weiteren Investitionen geplant, die zu einer Erweiterung der Hauptnutzungsfläche der Bio-Zentrum Halle GmbH führen.

Ertragslage

Der Lagebericht zeigt die Ertragslage mit Vorjahresvergleich auf und erläutert folgende wesentliche Sachverhalte:

- Minderung der Betriebsleistung der Gesellschaft gegenüber 2011 um TEUR 84 auf TEUR 1.721 (-4,7 %).

- Rückgang der Personalkosten um TEUR 4 auf TEUR 55 im Geschäftsjahr.



- Geringfügig gesunkene planmäßige Abschreibungen auf TEUR 579 mit offener Saldierung der Auflösung des Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen von TEUR 438.
- Minderung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen im Vorjahresvergleich um TEUR 102, insbesondere durch Rückgang der Raumkosten TEUR -24, der Instandhaltung TEUR -19, der Werbe- und Reisekosten TEUR -42 und der sonstigen Kosten TEUR -17.
- Erhöhung des Betriebsergebnisses im Vergleich zu 2011 um TEUR 25 auf TEUR 52.
- Verminderung des Finanzergebnisses um TEUR 6 auf TEUR 27.
- Erhöhung des Jahresüberschusses um TEUR 12 auf TEUR 61.

Finanz- und Vermögenslage

Zur Finanz- und Vermögenslage werden u. a. folgende Feststellungen getroffen:

- Für das Finanzmanagement sei es auch ein Ziel, Liquidität in Höhe der satzungsmäßigen Rücklagen für die Infrastruktur und Bau- und Haustechnikinstandhaltung vorzuhalten.
- Durch Umschichtung langfristiger Finanzanlagen haben sich die liquiden Mittel um rund TEUR 266 auf TEUR 1.335 zum Bilanzstichtag vermindert.
- Verminderung des Gesamtvermögens gegenüber dem Vorjahr um TEUR 399,6 (= -3,4 %) auf TEUR 11.297.
- Zunahme des langfristig gebundenen Gesamtvermögens auf nunmehr 86,3 %. Abnahme des Sachanlagevermögens von 75,3 % im Vorjahr auf 73 % im Berichtsjahr.



- Erhöhung des Finanzanlagevermögens durch Vermögensumschichtung um TEUR 499,9. Der Anteil des Finanzanlagevermögens beträgt nunmehr 13,3 % (Vj 8,6 %) am Gesamtvermögen.
- Verminderung des Sachanlagevermögens um TEUR 569,2 auf TEUR 8.240,2 zum Bilanzstichtag. Verminderung des mittel- und kurzfristig gebundenen Vermögens um TEUR 322,9 auf TEUR 1.554,2 im Wesentlichen durch Veränderung bei den liquiden Mitteln aufgrund Vermögensumschichtungen von TEUR -266.
- Verminderung der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen TEUR - 34,1 sowie der sonstigen Vermögensgegenstände von TEUR -22,8.

Risikobericht

Die Geschäftsführung sieht für das spezialisierte Bio-Zentrum folgende mögliche Umfeld- und Branchenrisiken mit Auswirkung auf Mieteinnahmen und drohenden Leerstandsrisiken:

- Ausstieg aus der Bio-NANO-Technologie durch politisch motivierte Anforderungen in Deutschland, Sachsen-Anhalt oder Halle.
- Restriktive Festlegungen in einem neuen Bebauungsplan für Heide-Süd könnten dazu führen, dass der "*weinberg campus*" für Firmenansiedlungen im Standortranking an Lukrativität verliert.
- Nichtabsehbare Folgen aus der Verlagerung der Ingenieurwissenschaften von Halle nach Magdeburg, mittelfristig fraglicher Verbleib der Bio- und Materialwissenschaften in Halle.
- Fehlende Fachkräfte bei Ingenieuren etc., Labor- und Technikkräften.
- Fehlende Bereitschaft zur Gründung von Unternehmen, da Kapital fehle und zusätzlich nicht genügend freie Stellen für Akademiker in diesen Fachrichtungen angeboten würden.



- Veräußerung lukrativer Bio-Technologiefirmen durch die Investoren unter dem Gesichtspunkt der Renditemaximierung und damit Infragestellung des Standortes oder des Weiterbestandes des Unternehmens.

Diese Problematiken könnten mittelfristig zu erheblichen Mietausfällen der Bio-Zentrum Halle GmbH führen und damit den Fortbestand der Gesellschaft gefährden.

Eine angepasste Nutzungsänderung an den neuen Bebauungsplan wäre aufgrund des Überangebotes an Büroflächen in Halle und des weiter gesunkenen durchschnittlichen Mietpreises für Gewerberäume nicht realisierbar.

Seitens der Stadt Halle solle die Rolle des Technologieparks "*weinberg campus*" besser erkannt und dieser Rolle stärker Rechnung getragen werden.

Prognosebericht

Der Wirtschaftsplan 2013 bis 2018 wird im Prognosebericht dargestellt. Die Planung geht in den Folgejahren von jährlichen Verlusten von TEUR 46 bis TEUR 48 je Geschäftsjahr aus.

Die Einschätzungen für die Planung erfolgte auf der Basis der Einschätzung durch die Geschäftsleitung zur voraussichtlichen Entwicklung der Bio-Zentrum Halle GmbH und deren wesentlichen Chancen und Risiken.

- Weitere Risiken, für die Gründung des Standortes könnten durch den Bebauungsplan für die Gesellschaft entstehen und sollten unbedingt bei der Abwägung zum Bebauungsplan mit in Betracht gezogen werden.
- Ab 2014/2015 könnte durch die offene Weiterfinanzierung und Strukturierung der Probiodrug AG ein z. Zt. nicht definierbarer eventueller Leerstand entstehen, der in der Entwurfsfassung des Wirtschaftsplanes 2014 und der Mittelfristplanung bis 2018 nicht berücksichtigt wurde, sondern operativ eingearbeitet werden müsste.



- Künftiger Schwerpunkt wird weiterhin ein umfassendes Marketingkonzept zur Sicherung des BIO-NANO-Standortes im Süden von Sachsen-Anhalt sein und damit verbunden nicht nur die Beibehaltung des Mieterbestandes durch entsprechende Betreuung und Beratung der Firmen, sondern auch die Unterstützung des Bio-Nanotechnologiekonzeptes im Netzwerk "*weinberg campus*".

- Weiterhin sei es bei der Erstellung des Bebauungsplanes für den "*weinberg campus*" dringend erforderlich, die Frage der Voraussetzungen für die Produktion von innovativen werthaltigen Produkten positiv zu entscheiden, da ansonsten die Co-Finanzierungen für die angewandte Forschung in diesen Unternehmen nicht gewährleistet werden könne. Damit sei entweder der Weggang der Unternehmen vom "*weinberg campus*" oder deren Insolvenz vorprogrammiert.
Auswirkungen hätte eine negative Entscheidung auch auf alle akademischen Einrichtungen der Stadt, da Absolventen die Möglichkeit genommen würde, sich am Standort weiterzuentwickeln mit weitergehenden Konsequenzen für die demographische und finanzielle Entwicklung der Stadt Halle.

- Die Geschäftsführung sieht der Entwicklung der Jahre 2013 ff. auch in Anbetracht dieser Risiken verhalten positiv entgegen und geht davon aus, dass alle von den Gesellschaftern und der öffentlichen Hand gestellten Aufgaben vollumfänglich unter Wahrung der finanziellen Stabilität erfüllt werden können. Die Weiterentwicklung des Standortes sei aber von den Rahmenbedingungen, die die Stadt Halle u.a. vorgibt, im Wesentlichen abhängig. Die Entwicklung des Technologieparks "*weinberg campus*" und der Bio-Zentrum Halle GmbH würden durch diese Rahmenbedingungen beeinflusst.

Der Geschäftsverlauf und die Lage der Gesellschaft sind nach den im Rahmen der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen von der Geschäftsführung angemessen und zutreffend dargestellt. Auch die aufgezeigten Risiken der zukünftigen Entwicklung sind plausibel und schlüssig. Der Lagebericht vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die zukünftige Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken zutreffend dar.



II. Entwicklungsbeeinträchtigende oder bestandsgefährdende Tatsachen

Die Entwicklung im laufenden Geschäftsjahr 2013 und in den Folgejahren schätzt die Geschäftsführung verhalten positiv ein. Sie geht davon aus, dass alle von den Gesellschaftern und der öffentlichen Hand adressierten Aufgaben vollumfänglich unter Wahrung der finanziellen Stabilität erfüllt werden können.

Unmittelbare Bestandsgefährdungen sind daher nicht gegeben.

Sollten sich die im Lagebericht dezidiert aufgeführten Risiken, wie:

- Realisierung des derzeit im Entwurf vorliegenden Bebauungsplans,
- Verlagerung der Ingenieurwissenschaften von Halle nach Magdeburg,
- Fachkräftemangel, insbesondere bei Ingenieuren, Bioingenieuren, Labor- und Technikkräften
- Ausstieg aus der Bio-NANO-Technologie durch politisch motivierte Anforderungen in Deutschland oder Sachsen-Anhalt

realisieren, kann dies im mittelfristigen Zeithorizont zu für die Gesellschaft in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedrohenden Verhältnissen führen.

Darüber hinaus bestehende Tatsachen und Sachverhalte, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden oder deren zukünftige Entwicklung beeinträchtigen können, sind im Rahmen unserer Prüfung nicht bekannt geworden.



C. GEGENSTAND, ART UND UMFANG DER PRÜFUNG

Gegenstand unserer Prüfung waren die Buchführung, der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012 (Anlagen 1 bis 3) und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2012 (Anlage 4) sowie die Einhaltung der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften zur Rechnungslegung und der sie ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags.

Den Lagebericht haben wir auch daraufhin geprüft, ob er mit dem Jahresabschluss und den bei unserer Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht und insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Gesellschaft vermittelt; dabei haben wir auch geprüft, ob die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dargestellt sind.

Daneben wurden wir beauftragt, im Rahmen unserer Abschlussprüfung ergänzend die in § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG aufgeführten Prüfungs- und Darstellungsvorgaben zu beachten und darüber in berufusüblichem Umfang zu berichten. Wir verweisen hierzu auf unsere Ausführungen in Abschnitt E. dieses Berichtes sowie auf die in Anlage 7 zu diesem Bericht zusammengestellten Angaben.

Eine Überprüfung von Art und Angemessenheit des Versicherungsschutzes, insbesondere ob alle Wagnisse berücksichtigt und ausreichend versichert sind, war nicht Gegenstand unseres Prüfungsauftrags.

Die Geschäftsführung der Gesellschaft ist für die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht sowie die uns erteilten Angaben verantwortlich. Unsere Aufgabe ist es, die von der Geschäftsführung vorgelegten Unterlagen und die uns übermittelten Informationen im Rahmen unserer pflichtgemäßen Prüfung zu beurteilen.

Die Prüfungsarbeiten haben wir - mit Unterbrechungen - in der Zeit von April 2013 bis Mai 2013 in den Geschäftsräumen der Gesellschaft in Halle und in unserem Büro durchgeführt. Anschließend erfolgte die Fertigstellung des Prüfungsberichts.

Ausgangspunkt unserer Prüfung war der geprüfte Vorjahresabschluss zum 31. Dezember 2011 durch die Klotz + Kalbas GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft mit uneingeschränktem Bestätigungsvermerk vom 11. Mai 2012; er wurde mit Gesellschafterbeschluss vom 2. Juli 2012 unverändert festgestellt.



Als Prüfungsunterlagen dienten uns die Buchhaltungsunterlagen, Grundbuch- und Handelsregisterauszüge sowie das Akten- und Schriftgut der Gesellschaft.

Alle von uns erbetenen Auskünfte, Aufklärungen und Nachweise sind uns von der Geschäftsführung und den zur Auskunft benannten Mitarbeitern bereitwillig erbracht worden.

Ergänzend hierzu hat uns die Geschäftsführung in der berufsüblichen Vollständigkeitserklärung schriftlich bestätigt, dass in der Buchführung und in dem zu prüfenden Jahresabschluss alle bilanzierungspflichtigen Vermögenswerte, Verpflichtungen, Wagnisse und Abgrenzungen berücksichtigt, sämtliche Aufwendungen und Erträge enthalten, alle erforderlichen Angaben gemacht und uns alle bestehenden Haftungsverhältnisse bekannt gegeben worden sind.

In der Erklärung wird auch versichert, dass der Lagebericht hinsichtlich erwarteter Entwicklungen alle für die Beurteilung der Lage der Gesellschaft wesentlichen Gesichtspunkte sowie die nach § 289 HGB erforderlichen Angaben enthält. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahrs haben sich nach dieser Erklärung nicht ergeben und sind uns bei unserer Prüfung nicht bekannt geworden.

Bei Durchführung unserer Jahresabschlussprüfung haben wir die Vorschriften der §§ 316 ff. HGB und die vom IDW festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung beachtet. Danach haben wir unsere Prüfung problemorientiert - jedoch ohne spezielle Ausrichtung auf eine Unterschlagungsprüfung - so angelegt, dass wir Unregelmäßigkeiten und Verstöße gegen die gesetzlichen Vorschriften, die sich auf die Darstellung des den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft wesentlich auswirken, hätten erkennen müssen.

Der Prüfung lag eine Planung der Prüfungsschwerpunkte unter Berücksichtigung unserer vorläufigen Lageeinschätzung der Gesellschaft und eine Einschätzung der Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems (IKS) zugrunde (risikoorientierter Prüfungsansatz). Die Einschätzung basierte insbesondere auf Erkenntnissen über die rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Branchenrisiken, Unternehmensstrategie und die daraus resultierenden Geschäftsrisiken sind uns aus Gesprächen mit der Geschäftsführung und Mitarbeitern der Gesellschaft bekannt.



Aus den im Rahmen der Prüfungsplanung festgestellten Risikobereichen ergaben sich folgende Prüfungsschwerpunkte:

- Vollständigkeit, Richtigkeit und Abgrenzung der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen
- Zusammensetzung der Umsatzerlöse
- Sonstige Einzelsachverhalte mit wesentlichen Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft
- Beurteilungen im Lagebericht

Ausgehend von einer vorläufigen Beurteilung des IKS haben wir bei der Festlegung der weiteren Prüfungshandlungen die Grundsätze der Wesentlichkeit und der Wirtschaftlichkeit beachtet. Sowohl die analytischen Prüfungshandlungen als auch die Einzelfallprüfungen wurden daher nach Art und Umfang unter Berücksichtigung der Bedeutung der Prüfungsgebiete und der Organisation des Rechnungswesens in ausgewählten Stichproben durchgeführt.

Die Stichproben wurden so ausgewählt, dass sie der wirtschaftlichen Bedeutung der einzelnen Posten des Jahresabschlusses Rechnung tragen und es ermöglichen, die Einhaltung der gesetzlichen Rechnungslegungsvorschriften ausreichend zu prüfen.

Hinsichtlich des Sachanlagevermögens haben wir u. a. Grundbuchauszüge eingesehen, sowie sonstige Belege ausgewertet.

Zur Prüfung des Nachweises der Vermögens- und Schuldposten der Gesellschaft haben wir teilweise Saldenbestätigungen eingeholt bzw. zugrunde gelegt. Für den Nachweis der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben uns für die wesentlichen Forderungen Saldenbestätigungen vorgelegen.

Für den Nachweis der Umsatzerlöse haben wir stichprobenweise Mietverträge eingesehen und die Werte mit der Finanzbuchhaltung abgeglichen.



BRENNECKE TREUHAND GMBH
WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT

Hinsichtlich der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen haben wir uns durch anderweitige Nachweise von der Ordnungsmäßigkeit und Richtigkeit der Vermögensposten überzeugt.

Bei der Prüfung der Vollständigkeit und Bewertung von Rückstellungen haben wir uns auf Angaben und Erklärungen der Geschäftsführung gestützt.

Art, Umfang und Ergebnis der im Einzelnen durchgeführten Prüfungshandlungen sind in unseren Arbeitspapieren festgehalten.



D. FESTSTELLUNGEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR RECHNUNGSLEGUNG

I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Die Finanzbuchhaltung der Gesellschaft wird durch ein externes Fachbüro EDV-gestützt mittels der Software DATEV e. G. abgewickelt. Die Anlagenbuchführung sowie die Lohn- und Gehaltsbuchführung wurde von der Kapphan · Huber · Roos · Majewski Partnerschaftsgesellschaft im Wege der elektronischen Datenverarbeitung mittels Software der DATEV e. G. geführt.

Das von der Gesellschaft eingerichtete rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem sieht dem Geschäftszweck und -umfang angemessene Regelungen zur Organisation und Kontrolle der Arbeitsabläufe vor.

Die Organisation der Buchführung und das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem ermöglichen die vollständige, richtige, zeitgerechte und geordnete Erfassung und Buchung der Geschäftsvorfälle. Der Kontenplan ist ausreichend gegliedert, das Belegwesen ist klar und übersichtlich geordnet. Die Bücher der Gesellschaft wurden zutreffend mit den Zahlen der Vorjahresbilanz eröffnet und insgesamt während des gesamten Geschäftsjahres ordnungsgemäß geführt.

Die Informationen, die aus den weiteren geprüften Unterlagen entnommen wurden, führen zu einer ordnungsgemäßen Abbildung in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht.

Im Hinblick auf die IT-gestützte Rechnungslegung ist festzustellen, dass die Sicherheit der für die Zwecke der Rechnungslegung verarbeiteten Daten gewährleistet ist.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Buchführung und die weiteren geprüften Unterlagen (einschließlich Belegwesen, internes Kontrollsystem und Planungsrechnungen) nach unseren Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages entsprechen. Die Prüfung ergab keine Beanstandungen.



2. Jahresabschluss

Die Gesellschaft ist zum Abschlussstichtag als kleine Kapitalgesellschaft i. S. d. § 267 Abs. 1 HGB einzustufen. Der vorliegende Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012 wurde gemäß den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages nach den Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften aufgestellt.

Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sind ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet. Die Gliederung der Bilanz (Anlage 1) erfolgt nach dem Schema des § 266 Abs. 2 und 3 HGB. Die Gewinn- und Verlustrechnung (Anlage 2) wurde nach dem Gesamtkostenverfahren gemäß § 275 Abs. 2 HGB aufgestellt.

Soweit in der Bilanz, in der Gewinn- und Verlustrechnung oder im Anhang Darstellungswahlrechte bestehen, erfolgen die entsprechenden Angaben überwiegend in der Bilanz oder in der Gewinn- und Verlustrechnung.

In dem von der Gesellschaft aufgestellten Anhang (Anlage 3) sind die auf die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden ausreichend erläutert. Alle gesetzlich geforderten Einzelangaben sowie die wahlweise in den Anhang übernommenen Angaben zur Bilanz sowie zur Gewinn- und Verlustrechnung sind vollständig und zutreffend dargestellt.

Die Schutzklausel des § 286 Abs. 4 HGB ist bezüglich der Angaben zu den Geschäftsführergehältern im Anhang zu Recht in Anspruch genommen worden.

Der Jahresabschluss entspricht damit nach unseren Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags. Die Prüfung ergab keine Beanstandungen.



3. Lagebericht

Die Prüfung des Lageberichts für das Geschäftsjahr 2012 (Anlage 4) hat ergeben, dass der Lagebericht mit dem Jahresabschluss und den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen im Einklang steht und dass er insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Gesellschaft vermittelt.

Ferner hat die Prüfung ergeben, dass die wesentlichen Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend im Lagebericht dargestellt sind und dass die Angaben nach § 289 Abs. 2 HGB vollständig und zutreffend sind.

Insgesamt kann festgestellt werden, dass der Lagebericht alle vorgeschriebenen Angaben enthält und den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages entspricht.

II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses

1. Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Unsere Prüfung hat ergeben, dass der Jahresabschluss insgesamt, d. h. als Gesamtaussage des Jahresabschlusses - wie sie sich aus dem Zusammenwirken von Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang ergibt - unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung oder sonstiger maßgeblicher Rechnungslegungsgrundsätze ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt (§ 264 Abs. 2 HGB).

Im Übrigen verweisen wir auf die analysierende Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Abschnitt D. III.

2. Wesentliche Bewertungsgrundlagen und deren Änderungen

In dem Jahresabschluss der Bio-Zentrum Halle GmbH erfolgte die Bilanzierung und Bewertung unter der Annahme der Fortführung der Unternehmenstätigkeit (going concern; § 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB). Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden grundsätzlich unverändert zum Vorjahr angewendet.



Sachverhaltsgestaltende Maßnahmen, die sich wesentlich auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auswirken, wurden nicht durchgeführt. Im Übrigen verweisen wir hierzu auf die Ausführungen im Anhang (Anlage 3).

III. Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Zur Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben wir die Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten geordnet und soweit erforderlich erläutert.

1. Vermögenslage (Bilanz)

In der folgenden Bilanzübersicht sind die Posten zum 31. Dezember 2012 nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten zusammengefasst und den entsprechenden Bilanzposten zum 31. Dezember 2011 gegenübergestellt (vgl. Anlage 1).

Zur Darstellung der Vermögensstruktur werden die Bilanzposten der Aktivseite dem langfristigen (Fälligkeit größer als ein Jahr) bzw. dem kurzfristig gebundenen Vermögen zugeordnet.

Zur Darstellung der Kapitalstruktur werden die Bilanzposten der Passivseite dem Eigen- bzw. Fremdkapital zugeordnet, wobei innerhalb des Fremdkapitals eine Zuordnung nach langfristiger (Fälligkeit größer als ein Jahr) bzw. kurzfristiger Verfügbarkeit erfolgt.



Vermögensstruktur

	2012		2011		+/-	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Sachanlagen	8.240	73	8.809	75	-569	-6
Finanzanlagen	<u>1.502</u>	<u>13</u>	<u>1.002</u>	<u>9</u>	<u>500</u>	<u>50</u>
Langfristig gebundenes Vermögen	<u>9.742</u>	<u>86</u>	<u>9.811</u>	<u>84</u>	<u>-69</u>	<u>-1</u>
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	194	2	228	2	-34	-15
Sonstige Vermögensgegenstände	25	0	48	0	-23	-48
Rechnungsabgrenzungsposten	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>8</u>	<u>0</u>	<u>-8</u>	<u>-100</u>
Kurzfristig gebundenes Vermögen	<u>219</u>	<u>2</u>	<u>284</u>	<u>2</u>	<u>-65</u>	<u>-23</u>
Liquide Mittel	<u>1.335</u>	<u>12</u>	<u>1.601</u>	<u>14</u>	<u>-266</u>	<u>-17</u>
	<u>11.296</u>	<u>100</u>	<u>11.696</u>	<u>100</u>	<u>-400</u>	<u>-3</u>

Kapitalstruktur

Gezeichnetes Kapital	<u>26</u>	<u>0</u>	<u>26</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>
Eingefordertes Kapital	26	0	26	0	0	0
Kapitalrücklage	4.749	42	4.749	41	0	0
Gewinnrücklagen (satzungsmäßige Rücklagen)	1.590	14	1.529	13	61	4
Gewinnvortrag	<u>98</u>	<u>1</u>	<u>98</u>	<u>1</u>	<u>0</u>	<u>0</u>
Eigenkapital	<u>6.463</u>	<u>57</u>	<u>6.402</u>	<u>55</u>	<u>61</u>	<u>1</u>
Sonderposten aus Investitionszuschüssen zum Anlagevermögen	4.443	40	4.882	42	-439	-9
Langfristiges Kapital	<u>10.906</u>	<u>97</u>	<u>11.284</u>	<u>97</u>	<u>-378</u>	<u>-3</u>
Mittelfristige Sonstige Rückstellungen	<u>-10.906</u>	<u>-97</u>	<u>-11.284</u>	<u>-97</u>	<u>378</u>	<u>3</u>
Steuerrückstellungen	1	0	0	0	1	0
Kurzfristige Sonstige Rückstellungen	143	1	147	1	-4	-3
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	153	1	138	1	15	11
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	78	1	122	1	-44	-36
Übrige Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten	<u>15</u>	<u>0</u>	<u>5</u>	<u>0</u>	<u>10</u>	<u>>100</u>
Kurzfristiges Fremdkapital	<u>390</u>	<u>3</u>	<u>412</u>	<u>3</u>	<u>-22</u>	<u>-5</u>
	<u>11.296</u>	<u>100</u>	<u>11.696</u>	<u>100</u>	<u>-400</u>	<u>-3</u>



Die Bilanzsumme der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 400 auf TEUR 11.296 (Vj TEUR 11.696) verringert. Wesentliche Positionen der Aktivseite sind das Anlagevermögen und hier insbesondere das im Sachanlagevermögen gehaltene Bio-Zentrum und Mehrzweckgebäude als langfristig gebundenes Vermögen. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstigen Vermögensgegenstände betragen TEUR 219 (Vj TEUR 276). Die frei verfügbaren liquiden Mittel betragen TEUR 1.335 (Vj TEUR 1.601). Finanziert ist das gesamte gebundene Vermögen durch Eigenkapital von TEUR 6.463 und als Sonderposten ausgewiesene Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen von TEUR 4.443 (Vj TEUR 4.882).

Anlagevermögen

Die immateriellen Vermögensgegenstände sind vollständig abgeschrieben.

Die Veränderungen der Sachanlagen um 6 % von TEUR 8.809 auf TEUR 8.240 (Verminderung um TEUR 569) resultieren nahezu vollständig aus planmäßigen Abschreibungen. Die Zugänge des Geschäftsjahres zur Betriebs- und Geschäftsausstattung betragen TEUR 10.

Der überwiegende Anteil des Sachanlagevermögens betrifft Grundstücke, Gebäudekomplexe und Außenanlagen mit einem Gesamtbuchwert von TEUR 8.216. Die zur Errichtung der Gebäude erhaltenen öffentlichen Zuschüsse sind als Bruttoausweis in den passiven Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen aufgenommen.

Die Entwicklung des Sachanlagevermögens stellt sich im Berichtsjahr wie folgt dar:



Objekt	Buchwert	Zugänge	Abgänge	Abschreibungen	Buchwert
	01.01.2012				31.12.2012
	in TEUR	in TEUR	in TEUR	in TEUR	in TEUR
Grundstücke					
Grundstück Bio-Zentrum	995	0	0	0	995
Grundstück MZG	166	0	0	0	166
	1.161	0	0	0	1.161
Bauten					
Bio-Zentrum	5.643	0	0	491	5.152
Mehrzweckgebäude	1.882	0	0	64	1.818
	7.525	0	0	555	6.970
Außenanlagen					
Bio-Zentrum	97	0	0	15	82
Mehrzweckgebäude	4	0	0	1	3
	101	0	0	16	85
Zwischensumme Grundstücke, Gebäude und Außenanlage	8.787	0	0	571	8.216
Übrige Ausstattung/ sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattungen					
sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung	22	10	0	8	24
	22	10	0	8	24
Summe	8.809	10	0	579	8.240

Unter den Finanzanlagen ist eine Beteiligung an der BIO-Mitteldeutschland GmbH in Höhe von TEUR 2 (= 9,0 % des Stammkapitals) ausgewiesen.

Weiterhin sind Finanzanlagen von insgesamt TEUR 1.500 ausgewiesen, die sich wie folgt zusammensetzen:

	TEUR	
- HSH Nordbank Geldmarktzinsanleihe 5,	fällig 01.08.2013	500
- HSH Nordbank Zinsstufenanleihe 17,	fällig 13.10.2014	500
- Sparkassenbrief,	fällig 29.03.2013	500

Der Ausweis und die Bewertung erfolgt zu Anschaffungskosten. Die Verzinsung beträgt für die Geldmarktzinsanleihe und den Sparkassenbrief 1,0 %, bzw. 1,25 % für die Zinsstufenanleihe.

Der Kurswert zum Bilanzstichtag hat TEUR 1.499,8 betragen.



Umlaufvermögen

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen betragen zum Bilanzstichtag TEUR 194 (Vj TEUR 228) und setzen sich im Wesentlichen aus Forderungen aus einem Dienstleistungsvertrag gegenüber der Energieversorgung Halle GmbH (EVH) mit TEUR 176 (Vj TEUR 170); und Forderungen aus Nebenkosten an Mieter mit TEUR 15 (Vj TEUR 20) zusammen. Die übrigen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen betragen TEUR 3 (Vj TEUR 38). Die Forderungen sind zum Zeitpunkt der Prüfung nahezu vollständig ausgeglichen.

Die sonstigen Vermögengegenstände betragen TEUR 25 (Vj TEUR 48). Der Rückgang der sonstigen Vermögensgegenstände betrifft im Wesentlichen die Verminderung der Steuerforderungsansprüche (TEUR 21 im Vorjahr) auf TEUR 3 im Geschäftsjahr.

Die Entwicklung der liquiden Mittel wird in der Kapitalflussrechnung (vgl. D. III. 2.) dargestellt und erläutert.

Das gesamte Umlaufvermögen (ohne Rechnungsabgrenzung) hat sich um TEUR 323 von TEUR 1.877 im Vorjahr auf TEUR 1.554 im Geschäftsjahr vermindert.

Langfristiges Kapital

Eigenkapital

Das Eigenkapital der Gesellschaft hat sich um TEUR 61 (= 0,9 %) auf TEUR 6.463 erhöht (Vj TEUR 6.402). Die Erhöhung resultiert ausschließlich aus dem Jahresüberschuss 2012, der gemäß den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages den satzungsmäßigen Gewinnrücklagen zugeführt wird.

Die bilanzielle Eigenkapitalquote der Gesellschaft beträgt damit zum Abschlussstichtag 57 % (Vj 55 %). Das langfristige Kapital (Eigenkapital und Sonderposten) beträgt 97 % der Bilanzsumme (Vj 97 %) und deckt das gesamte gebundene Vermögen vollständig ab.



Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen

Die Bildung des Sonderpostens erfolgte im Zusammenhang mit dem Erhalt von Investitionszuschüssen aus öffentlich-rechtlichen Kassen zur Errichtung des Mehrzweckgebäudes und des Bio-Zentrums. Der Sonderposten beträgt im Geschäftsjahr TEUR 4.443 gegenüber TEUR 4.882 im Vorjahr. Die Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen erfolgt entsprechend quotaal zur vorgenommenen Abschreibung der geförderten Vermögensgegenstände.

Kurzfristiges Fremdkapital

Das kurzfristig gebundene Fremdkapital beträgt TEUR 390 (Vj TEUR 412) und hat sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 22 verringert.

Steuerrückstellungen wurden im Geschäftsjahr in Höhe von TEUR 1 gebildet. Die übrigen Rückstellungen verringerten sich um TEUR 4 auf TEUR 143. Die strukturelle Zusammensetzung der Rückstellungen ist unverändert.

Die als erhaltenen Anzahlungen ausgewiesenen Mieterüberzahlungen für die Nebenkosten stellen eine echte Verbindlichkeit der Gesellschaft gegenüber den Mietern dar. Sie betragen im Geschäftsjahr TEUR 153 (Vj TEUR 138).

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen haben sich um TEUR 44 auf TEUR 78 (Vj TEUR 122) verringert. Sie sind durch Einzelaufstellung nachgewiesen. Die darin enthaltenen Verbindlichkeiten aus Betriebskostenabrechnungen gegenüber der EVH GmbH, im Rahmen des mit ihr geschlossenen Dienstleistungsvertrages, erhöhten sich im Geschäftsjahr um TEUR 20 auf TEUR 42.

Die Verbindlichkeiten waren zum Zeitpunkt der Prüfung im Wesentlichen ausgeglichen.



2. Finanzlage (Kapitalflussrechnung)

Zur Beurteilung der Finanzlage wurde von uns die nachstehende Kapitalflussrechnung auf der Grundlage des Finanzmittelfonds (= kurzfristig verfügbare flüssige Mittel) gemäß DRS 2 zur Kapitalflussrechnung mit entsprechendem Vorjahresausweis erstellt:

	2012	2011
	<u>TEUR</u>	<u>TEUR</u>
Jahresüberschuss	61	49
+ Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	141	144
- / + Abnahme/Zunahme der Rückstellungen	-4	35
+ Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva (soweit nicht Investitions- oder Finanzierungstätigkeit)	64	23
- / + Abnahme /Zunahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva (soweit nicht Investitions- oder Finanzierungstätigkeit)	<u>-18</u>	<u>101</u>
= Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	<u>244</u>	<u>352</u>
- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-10	-19
+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	1.000	1.000
- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	<u>-1.500</u>	<u>-1.000</u>
= Cash-Flow aus Investitionstätigkeit	<u>-510</u>	<u>-19</u>
= Cash-Flow aus Finanzierungstätigkeit	<u>0</u>	<u>0</u>
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	<u>-266</u>	<u>333</u>
+ Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	<u>1.601</u>	<u>1.268</u>
= Finanzmittelfonds am Ende der Periode	<u>1.335</u>	<u>1.601</u>

Der **Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit** von TEUR 244 (Vj TEUR 352) resultiert überwiegend aus dem Jahresüberschuss und den Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens von insgesamt TEUR 202.



Die Zu- und Abnahme der übrigen Vermögensposten und anderer Aktiva, der Rückstellungen sowie der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva führt zu einem **Cash-Flow** von TEUR 42 im Geschäftsjahr.

Aufgrund der Umschichtungen liquider Mittel in die Finanzanlagen ergibt sich ein negativer **Cash-Flow aus Investitionstätigkeit** von TEUR -500. Die übrigen Investitionen haben TEUR -10 betragen.

Aus dem **Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit** von TEUR 244 und dem **Cash-Flow aus Investitionstätigkeit** von TEUR -510 ergibt sich eine zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds von TEUR -266, so dass sich die Finanzmittel (= sofort verfügbare liquide Mittel) am Bilanzstichtag von TEUR 1.601 auf TEUR 1.335 vermindert haben.



3. Ertragslage (Gewinn- und Verlustrechnung)

Die aus der Gewinn- und Verlustrechnung (Anlage 2) abgeleitete Gegenüberstellung der Erfolgsrechnungen in Form einer betriebswirtschaftlichen Aufgliederung der beiden Geschäftsjahre 2012 und 2011 zeigt folgendes Bild der Ertragslage und ihrer Veränderungen:

	2012		2011		+/-	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Umsatzerlöse	1.737		1.728		9	1
Bestandsveränderung	-28		56		-84	<- 100
Sonstige betriebliche Erträge	<u>12</u>		<u>21</u>		<u>-9</u>	-43
Betriebsleistung	<u>1.721</u>	100	<u>1.805</u>	100	<u>-84</u>	-5
Personalaufwand	-55	-3	-59	-3	4	7
Nettoabschreibungen	-141	-8	-144	-8	3	2
Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>-1.473</u>	<u>-86</u>	<u>-1.575</u>	<u>-87</u>	<u>102</u>	6
Betriebsaufwand	<u>-1.669</u>	<u>-97</u>	<u>-1.778</u>	<u>-98</u>	<u>109</u>	6
Betriebsergebnis	52	3	27	2	25	93
Finanzergebnis	<u>27</u>		<u>33</u>		<u>-6</u>	
Ergebnis vor Ertragsteuern	79		60		19	
Ertragsteuern	<u>-18</u>		<u>-11</u>		<u>-7</u>	
Jahresergebnis	<u>61</u>		<u>49</u>		<u>12</u>	

Die Ertragslage der Gesellschaft ist wesentlich durch Umsätze aus Vermietungstätigkeit und damit verbundenen Erträgen und Aufwendungen geprägt. Die Umsatzerlöse sind gegenüber dem Vorjahr nahezu konstant geblieben.

Die Bestandsminderung von TEUR -28 im Berichtsjahr (Vj Bestandserhöhung TEUR 56) resultiert aus vereinnahmten, aber noch nicht abgerechneten Nebenkosten.

Der Personalaufwand verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 4 auf TEUR 55 (Vj TEUR 59). Die durchschnittliche Mitarbeiterzahl betrug im Geschäftsjahr 2 Personen.



Die Nettoabschreibungen auf das Anlagevermögen beinhalten planmäßige Abschreibungen in Höhe von TEUR 579 (Vj TEUR 583). Korrespondierend mit den Abschreibungen verminderten sich die von den Abschreibungen auf Sachanlagen offen saldierten Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen um TEUR 438 (Vj TEUR 439).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen haben sich gegenüber dem Vorjahr um 6% vermindert und betragen absolut im Geschäftsjahr TEUR 1.473 (Vj TEUR 1.575). Sie gliedern sich wie folgt auf:

	2012	2011	Veränderung
	TEUR	TEUR	TEUR
Raumkosten	1.142	1.166	24
Grundstücksaufwendungen	56	57	1
Reparaturen und Instandhaltungen	117	136	19
Werbe- und Reisekosten	38	80	42
Übrige betriebliche Aufwendungen	120	136	16
	1.473	1.575	102

Der Rückgang der Werbe- und Reisekosten von TEUR 42 resultiert im Wesentlichen aus der Verringerung von Werbe-, Messe-, Tagungskosten von TEUR 72 im Vorjahr auf TEUR 20 im Geschäftsjahr und aus Mehraufwendungen von TEUR 10 im Geschäftsjahr gegenüber dem Vorjahr für Arbeitnehmer Reisekosten und Übernachtungen.

Das Betriebsergebnis vor Zinsen und Steuern (EBIT) hat sich um TEUR 25 auf TEUR 52 (Vj TEUR 27) im Geschäftsjahr erhöht.

Das Finanzergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 6 auf TEUR 27 (Vj TEUR 33) vermindert.

Unter Berücksichtigung der angefallenen Ertragsteuern von TEUR 18 (Vj TEUR 11), beträgt das Jahresergebnis **EUR 61.200,20** (Vj **EUR 48.897,09**).



E. FESTSTELLUNGEN AUS DEN ERWEITERUNGEN DES PRÜFUNGS-AUFTRAGES

I. Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG

Bei unserer Prüfung haben wir auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG und die hierzu vom IDW nach Abstimmung mit dem Bundesministerium der Finanzen, dem Bundesrechnungshof und den Landesrechnungshöfen veröffentlichten IDW PS 720 "Fragebogen zur Prüfung nach § 53 HGrG" beachtet.

Dementsprechend haben wir auch geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d. h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen handelsrechtlichen Vorschriften und den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages geführt worden sind.

Die im Gesetz und in den dazu vorliegenden Prüfungsgrundsätzen geforderten Angaben haben wir in Anlage 7 zu diesem Bericht zusammengestellt.

Unsere Prüfung hat keine Feststellung ergeben, die nach unserer Auffassung für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung von Bedeutung sind.



F. WIEDERGABE DES BESTÄTIGUNGSVERMERKS UND SCHLUSSBEMERKUNG

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012 (Anlagen 1 bis 3) und dem Lagebericht für das Geschäftsjahr 2012 (Anlage 4) der Bio-Zentrum Halle GmbH, Halle (Saale), unter dem Datum vom 21. Mai 2013 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt, der hier wiedergegeben wird:

"Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Bio-Zentrum Halle GmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2012 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar."



BRENNECKE TREUHAND GMBH
WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT

Den vorstehenden Prüfungsbericht erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450).

Eine Verwendung des oben wiedergegebenen Bestätigungsvermerks außerhalb dieses Prüfungsberichts bedarf unserer vorherigen Zustimmung. Bei Veröffentlichungen oder Weitergabe des Jahresabschlusses und/oder des Lageberichts in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form bedarf (einschließlich der Übersetzung in andere Sprachen) es zuvor unserer erneuten Stellungnahme, sofern hierbei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird; auf § 328 HGB wird verwiesen.

Halle (Saale), den 21. Mai 2013

Brennecke Treuhand GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dipl.-Kfm. Andreas Brennecke
Wirtschaftsprüfer

Anlagen

BIO-ZENTRUM HALLE GMBH, HALLE (SAALE)

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2012

AKTIVA

	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	8.214.791,51	8.785.962,51
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	<u>25.369,00</u>	<u>23.434,00</u>
	8.240.160,51	<u>8.809.396,51</u>
II. Finanzanlagen		
1. Beteiligungen	2.350,00	2.350,00
2. Wertpapiere des Anlagevermögens	<u>1.500.000,00</u>	<u>1.000.000,00</u>
	<u>1.502.350,00</u>	<u>1.002.350,00</u>
	<u>9.742.510,51</u>	<u>9.811.746,51</u>
B. UMLAUFVERMÖGEN		
1. Unfertige Leistungen	810.000,00	837.500,00
2. Erhaltene Anzahlungen	<u>-810.000,00</u>	<u>-837.500,00</u>
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	193.870,97	227.984,71
2. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>24.880,27</u>	<u>47.747,49</u>
	218.751,24	<u>275.732,20</u>
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	<u>1.335.427,56</u>	<u>1.601.355,27</u>
	<u>1.554.178,80</u>	<u>1.877.087,47</u>
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	<u>0,00</u>	<u>7.500,00</u>
	<u>11.296.689,31</u>	<u>11.696.333,98</u>

PASSIVA

	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR
A. EIGENKAPITAL		
I. Gezeichnetes Kapital	26.000,00	26.000,00
II. Kapitalrücklage	4.749.118,29	4.749.118,29
III. Gewinnrücklagen (satzungsmäßige Rücklagen)	1.589.832,64	1.528.632,44
IV. Gewinnvortrag	<u>98.361,42</u>	<u>98.361,42</u>
	<u>6.463.312,35</u>	<u>6.402.112,15</u>
B. SONDERPOSTEN AUS INVESTITIONSZUSCHÜSSEN ZUM ANLAGEVERMÖGEN	4.443.266,00	4.881.657,00
C. RÜCKSTELLUNGEN		
1. Steuerrückstellungen	1.198,00	0,00
2. Sonstige Rückstellungen	<u>142.600,00</u>	<u>147.400,00</u>
	<u>143.798,00</u>	<u>147.400,00</u>
D. VERBINDLICHKEITEN		
1. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	153.618,59	138.107,84
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 153.618,59 (Euro 138.107,84)		
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	77.556,19	122.514,86
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 77.556,19 (Euro 122.514,86)		
3. Sonstige Verbindlichkeiten	<u>15.138,18</u>	<u>4.542,13</u>
- davon aus Steuern Euro 11.693,52 (Euro 563,99)		
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit Euro 0,00 (Euro 0,00)		
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 15.138,18 (Euro 4.542,13)		
	<u>246.312,96</u>	<u>265.164,83</u>
	<u>11.296.689,31</u>	<u>11.696.333,98</u>

BIO-ZENTRUM HALLE GMBH, HALLE (SAALE)
GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2012

	2012 EUR	2011 EUR
1. Umsatzerlöse	1.736.395,05	1.728.139,05
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-27.500,00	55.500,00
3. Sonstige betriebliche Erträge	<u>11.787,81</u>	<u>21.000,14</u>
4. Gesamtleistung	1.720.682,86	1.804.639,19
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-44.976,48	-49.097,00
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>-9.952,86</u>	<u>-10.394,78</u>
	-54.929,34	-59.491,78
6. Abschreibungen		
a) Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-140.839,61	-144.159,12
- davon Abschreibungen € 579.230,61 (€ 582.550,12) abzgl. Auflösung Sonderposten für Investitionszuschüsse € 438.391,00(€ 438.391,00)		
	<u>-140.839,61</u>	<u>-144.159,12</u>
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.472.510,46	-1.574.221,24
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	<u>27.331,53</u>	<u>33.470,75</u>
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	79.734,98	60.237,80
10. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-18.114,83	-10.904,92
11. Sonstige Steuern	<u>-419,95</u>	<u>-435,79</u>
12. Jahresüberschuss/-fehlbetrag	61.200,20	48.897,09
13. Gewinnvortrag/Verlustvortrag	98.361,42	98.361,42
14. Einstellungen in satzungsmäßige Rücklagen	<u>-61.200,20</u>	<u>-48.897,09</u>

ANHANG für das Geschäftsjahr 2012

Bio-Zentrum Halle GmbH, Forschungs-/Transferzentrum, Halle (Saale)

Anlage A. Allgemeine Angaben

1. Der Jahresabschluss der Firma Bio-Zentrum Halle GmbH für das Geschäftsjahr 2012 wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), des GmbH-Gesetzes (GmbHG) und der Satzung aufgestellt.
2. Die Gesellschaft überschritt im Berichtsjahr nur eines der in § 267 Abs. 1 HGB genannten Größenmerkmale und zählt daher zu den kleinen Kapitalgesellschaften.

Nach Gesellschaftsvertrag hat die Gesellschaft den Jahresabschluss und den Lagebericht entsprechend den für große Kapitalgesellschaften geltenden Vorschriften des Dritten Buches des HGB aufgestellt.

B. Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

3. Die angewandten handelsrechtlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden unter Berücksichtigung der Änderungen durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes soweit als möglich an den steuerlichen Bestimmungen orientiert, um möglichst geringe Abweichungen zwischen handelsrechtlicher und steuerrechtlicher Rechnungslegung zu generieren.

Über die angewandten Bewertungsmethoden berichten wir wie folgt:

Anlagevermögen

4. Die Vermögensgegenstände des Anlagevermögens wurden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, gegebenenfalls vermindert um planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen, bewertet. Im Geschäftsjahr 2012 kam die lineare Abschreibungsmethode zur Anwendung. Soweit in den Vorjahren die degressive Abschreibung gewählt wurde erfolgte im Berichtsjahr eine Fortführung.

Die Nutzungsdauer der einzelnen Anlagegegenstände wurde auf Basis der steuerlichen AfA-Tabellen geschätzt. Die Abschreibung auf die Zugänge zum immateriellen und zum Sachanlagevermögen erfolgt zeitanteilig.

ANHANG für das Geschäftsjahr 2012

Bio-Zentrum Halle GmbH, Forschungs-/Transferzentrum, Halle (Saale)

Die Behandlung der Anschaffung abnutzbarer, beweglicher Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, die einer selbständigen Nutzung fähig sind und deren Anschaffungskosten 410,00 € nicht übersteigen, folgt den steuerrechtlichen Bewertungsvorschriften des § 6 Abs. 2 EStG. Die steuerbilanziellen Vorschriften können, da der Posten insgesamt von untergeordneter Bedeutung ist, hier nach herrschender Meinung für die Handelsbilanz übernommen werden.

5. Die Vermögensgegenstände des Finanzanlagevermögens sind mit den Anschaffungskosten einschließlich der Anschaffungsnebenkosten bewertet. Es kommt grundsätzlich das gemilderte Niederstwertprinzip zum Zuge, so dass die Vermögensgegenstände nur bei voraussichtlich dauernder Wertminderung mit dem am Abschlussstichtag niedrigeren beizulegenden Wert bewertet werden.

Im Berichtsjahr wurden keine Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Börsen- oder Marktpreis vorgenommen.

6. Empfangene Zuschüsse und Subventionen wurden bei den Anschaffungskosten der betreffenden Wirtschaftsgüter nicht gekürzt, sondern vielmehr als Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen auf der Passivseite der Bilanz ausgewiesen. Das Gliederungsschema des §266 HGB wurde insoweit nach §265 Abs. 5 HGB erweitert.

Umlaufvermögen

7. Die sonstigen Gegenstände des Umlaufvermögens, insbesondere Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sowie die Liquiden Mittel wurden im Wesentlichen mit dem Nennbetrag angesetzt.

Im Posten Vorräte sind erbrachte und noch nicht abgerechnete Leistungen (Nebenkosten) an Mieter i.H.v. 810.000 € enthalten. Die Bewertung dieser fertigen und noch nicht abgerechneten Leistungen erfolgte dergestalt, dass der Berichtsgesellschaft durch die Abrechnung der Nebenkosten periodenübergreifend weder ein Aufwand noch ein Ertrag entstehen darf. Im Geschäftsjahr 2012 wurde bereits wie im Vorjahr eine Saldierung nach §268 Absatz 5 HGB vorgenommen. In diesem Zusammenhang wurden einerseits Forderungen aus noch nicht abgerechneten Nebenkosten unter den Vorräten ausgewiesen sowie andererseits im Berichtsjahr erhaltene Anzahlungen auf Mietnebenkosten offen von diesen Forderungen abgesetzt.

Risiken im Forderungsbestand werden durch die Bildung einer angemessenen Pauschalwertberichtigung berücksichtigt.

ANHANG für das Geschäftsjahr 2012

Bio-Zentrum Halle GmbH, Forschungs-/Transferzentrum, Halle (Saale)

8. Der sich nach der steuerlichen Gewinn- und Verlustrechnung ergebende Steueraufwand entspricht im Berichtsjahr dem Ergebnis der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung. Aufgrund einheitlicher Steuer- und Handelsbilanz entsteht hieraus daher keine Steuerlatenz.
9. Der Sonderposten für Investitionszuschüsse beinhaltet Fördermittel für die Errichtung der Geschäftsgebäude Bio-Zentrum im Weinbergweg 22.
Dieser Bilanzposten wurde nach dem Schema des §266 Abs. 2 HGB unter Erweiterung nach §265 Abs. 5 HGB (Allgemeine Grundsätze für Gliederung) hinsichtlich des Ausweises der aus öffentlich-rechtlichen Kassen gewährten Investitionszuschüsse gebildet.

Rückstellungen

10. Rückstellungen wurden nach Maßgabe des § 249 HGB zum Ansatz gebracht. Die Bemessung der Rückstellungen erfolgte dabei nach § 253 Abs. 1 S. 2 HGB in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages.
Sofern die Rückstellung eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr aufweist wurden diese mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz abgezinst. Die sonstigen Rückstellungen beinhalten im Wesentlichen Forderungsausfallrisiken, unterlassene Instandhaltungen die innerhalb von 3 Monaten nach dem Abschlussstichtag nachgeholt werden sowie Jahresabschlusskosten.

Verbindlichkeiten

11. Die passivierten Verbindlichkeiten wurden vollumfänglich mit ihrem Erfüllungsbetrag (§ 253 Abs. 1 S. 2 HGB) zum Ansatz gebracht.

ANHANG für das Geschäftsjahr 2012

Bio-Zentrum Halle GmbH, Forschungs-/Transferzentrum, Halle (Saale)

C. Angaben zur Bilanz

12. Der Ansatz, die Bewertung und der Ausweis der Posten der Bilanz erfolgte im Vergleich zum Vorjahr stetig.

Anlagevermögen

Das Anlagevermögen hat sich im Geschäftsjahr 2012 im Einzelnen wie folgt entwickelt:

	Anschaffungs-/ Herstellungs- kosten	Z U	Zugang Umbuchung	A U	Abgang Umbuchung	laufende Abschreibungen	kumulierte Z Zuschreibung	Restbuch- wert	Vorjahres- restwert
	€		€		€	€	€	€	€
I. Immaterielle Vermögens- gegenstände	5.662,05		0,00		0,00	0,00	5.662,05	0,00	0,00
II. Sachanlagen	28.195.401,56	Z U	9.994,61	A U	6.239,04	579.230,61	19.958.996,62	8.240.160,51	8.809.396,51
III. Finanzanlagen	1.002.350,00		1.500.000,00		1.000.000,00	0,00	0,00	1.502.350,00	1.002.350,00
	29.203.413,61	Z U	1.509.994,61	A U	1.006.239,04	579.230,61	19.964.658,67 0,00	9.742.510,51	9.811.746,51

13. Die Restlaufzeit bei Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen beträgt jeweils bis zu einem Jahr.
14. Bei den Verbindlichkeiten handelt es sich vollumfänglich um Positionen mit einer Restlaufzeit von unter einem Jahr.
15. Die Bilanz wurde nach § 268 Abs. 1 HGB **nach vollständiger** Verwendung des Jahresergebnisses erstellt.

D. Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

16. Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt und analog §158 Abs. 1 AktG erweitert. Des weiteren wurde die Gewinn- und Verlustrechnung gemäß §265 Abs. 5 HGB hinsichtlich des Ausweises der Auflösung von Sonderposten für Investitionszuschüsse um einen gesonderten Posten erweitert bzw. weiter untergliedert. Gemäß Gesellschaftsvertrag sind der Jahresabschluss sowie der Lagebericht nach den Vorschriften für große Kapitalgesellschaften aufzustellen.

ANHANG für das Geschäftsjahr 2012

Bio-Zentrum Halle GmbH, Forschungs-/Transferzentrum, Halle (Saale)

17. Die Steuern vom Einkommen und Ertrag entfallen in voller Höhe auf die laufende Geschäftstätigkeit.

E. Sonstige Angaben

18. Das vom Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar beträgt 6.600,00 € und entfällt ausschließlich auf Prüfungsleistungen.

19. Gegenüber der Firma TGZ Halle TECHNOLOGIE- UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH wurde ein Betriebsführungsvertrag abgeschlossen. Die finanzielle Verpflichtung hieraus beläuft sich für die Berichtsgesellschaft bis zum Vertragsende am 31.12.2015 auf 690.000,00 €.

20. Das Unternehmen beschäftigte im Jahresdurchschnitt 2 Arbeitnehmer.

21. Die Geschäfte der Gesellschaft wurden im Geschäftsjahr 2012 von

- Herrn Prof. Dr.-Ing. Wolfgang Lukas, Halle (Saale)

und

- Frau Sabine Noll, Halle (Saale)

geführt. Die Geschäftsführer sind jeweils einzelvertretungsberechtigt und von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

Auf die Angaben zu den Bezügen der Geschäftsführung wird in Anwendung der Vorschriften des § 286 Abs. 4 HGB und § 288 HGB verzichtet.

06120 Halle (Saale), den 16.04.2013



.....
Prof. Dr.-Ing. Wolfgang Lukas

Geschäftsführer



.....
Frau Sabine Noll

Geschäftsführerin

Bio-Zentrum Halle GmbH, Forschungs-/Transferzentrum, Halle (Saale)

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2012

- A. Geschäfts- und Rahmenbedingungen
- B. Ertragslage
- C. Finanzlage
- D. Vermögenslage
- E. Nachtragsbericht
- F. Risikobericht
- G. Prognosebericht

A. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

A.1 Gegenstand des Unternehmens

Der Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb eines biologischen Forschungs-, Transfer- und Produktionszentrums in Halle.

Dazu gehören insbesondere:

- die Förderung gemeinsamer Projekte der Wirtschaft und der Martin-Luther-Universität auf dem Gebiet der Biowissenschaften,
- die Beratung der Wirtschaft und sonstiger Dritter bei der Anwendung oder Einführung neuer Technologien,
- die Bereitstellung von Labor- und Produktionsflächen und Arbeitsmöglichkeiten für neu im Bereich der Biowissenschaften tätige Firmen, für Einrichtungen, die auf diesem Gebiet mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zusammenarbeiten ("Institute an der Martin-Luther-Universität") und für Forschungstätigkeiten der Martin-Luther-Universität auf diesem Gebiet.

Bio-Zentrum Halle GmbH, Forschungs-/Transferzentrum, Halle (Saale)

A.2 Vermietung des Forschungsverfügungsgebäudes

Unter den gesamtwirtschaftlichen Vorgaben und Rahmenbedingungen hatte für die Bio-Zentrum Halle GmbH die Sicherung des Mieterbestandes und deren Betreuung hinsichtlich betriebs- und finanzwirtschaftlicher Problemstellungen erste Priorität, wobei wirtschaftliche Schwierigkeiten von Firmen zu Raumbedarfsverschiebungen führten, die wiederum Baumaßnahmen und damit Kosten nach sich zogen. Die frei gewordenen Flächen konnten an andere Firmen im Haus weitestgehend weitervermietet werden.

Es bestehen immer größere Schwierigkeiten, geschlossene Finanzierungsrunden für biotechnologisch ausgerichtete Start-Up-Unternehmen aufzubauen. Als positiv ist zu bewerten, dass für die Probiodrug AG eine weitere Finanzierungsrunde geschlossen wurde, so dass der Entwicklungsteil der Firma für den Zeitraum von zwei Jahren sicher finanziert ist, was in dieser Branche sehr selten ist. Es ist unter den momentan gegebenen Rahmenbedingungen abzusehen, dass nach erfolgreichem Abschluss der Entwicklungen (klinische Phase II) diese verkauft werden. Weiterhin liefen und laufen intensive Bemühungen aus dem Teil der angewandten Forschung der Probiodrug AG eine Fraunhofer Forschungsgruppe für Molekulare biomedizinische Forschung auszugründen, welche sowohl von Teilen des Kabinetts von Sachsen-Anhalt und vom Fraunhofer-Institut in Leipzig bereits positiv evaluiert wurde.

Aus heutiger Sicht besteht die Chance, dass zum Ende des II. Quartals 2013 eine Gründung erfolgt. Sollte dies nicht so sein gibt es momentan die Variante, eine gemeinnützige GmbH in Form eines An-Institutes zu gründen. Sollte auch dies nicht gelingen würde im Forschungsverfügungsgebäude der Bio-Zentrum Halle GmbH ab 01.10.2013 ein Leerstand von 1.740 m² (20,6%) entstehen. Im Rahmen der Neustrukturierung der Forschungsstelle Max-Planck-Gesellschaft für Enzymologie wurde zum 31.12.2012 der Mietvertrag (ca. 1.000 m²) durch die Max-Planck-Gesellschaft gekündigt. Diese Flächen wurden inklusive der Einrichtungen zum 01.01.2013 durch das Biokatalysezentrum an der Martin-Luther-Universität übernommen, so dass die Vermietung über 5 Jahre gewährleistet ist.

Durch die gesamtwirtschaftliche Situation in der Bundesrepublik Deutschland ist die Finanzierung von Unternehmen in der BIO-NANO-Branche sowohl bei Gründungen als auch in der Bestandspflege mit einem höheren Risiko behaftet. Da das Land Sachsen-Anhalt bereits Mitte des Geschäftsjahres 2007 die spezielle Förderung für die Biotechnologie ausgesetzt hatte, ist es noch schwieriger geworden, sich gegen die Konkurrenz in den anderen Bundesländern wie z. B. Sachsen, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern aber auch Baden-Württemberg und Bayern beim Standortranking zu behaupten. Spezielle Kaltmietförderungen oder Betriebskostenzuschüsse in diesen Ländern durch die Landesregierungen oder die Träger der Einrichtungen füh-

Bio-Zentrum Halle GmbH, Forschungs-/Transferzentrum, Halle (Saale)

ren zu einer extremen Wettbewerbsverzerrung.

Das 1998 fertig gestellte Forschungsverfügungsgebäude der Bio-Zentrum Halle GmbH lässt gegenwärtig bauseitig noch keine gravierenden Mängel erkennen, die einen ordnungsgemäßen Betrieb gefährden könnten. Es muss jedoch bemerkt werden, dass die Instandhaltungskosten aufgrund des Dauerbetriebs der Haustechnik kontinuierlich weiter ansteigen und häufiger gesamte Anlagengruppen ausgetauscht werden müssen bzw. bei Nutzerwechsel höhere Aufwendungen für die Weitervermarktung notwendig sind.

Zur Sicherung der Betriebsfähigkeit der umfangreichen und hoch technisierten Haustechnik und der damit verbundenen 24-stündigen Überwachung mittels einer Gebäudeleittechnik wurde im Dezember 2000 ein Dienstleistungsvertrag zum technischen Gebäudemanagement mit der Energieversorgung Halle GmbH abgeschlossen.

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2012 ist kein Leerstand zu verzeichnen, d. h. die Auslastung beträgt 100 %, auch unter Berücksichtigung des in der Daniel-Vorländer-Straße errichteten Erweiterungsbaues.

Es muss die grundsätzliche Frage der forschungsnahen Produktion für Entwicklungen von neuen Produkten für die Firmen geklärt werden, da diese sowohl für die Firmen als auch für den Standort weinberg campus von existenzieller Bedeutung ist.

Der Bau des Mehrzweckgebäudes schaffte im Jahr 2008 die Voraussetzung, dass die Icon GmbH, die durch den Verkauf an die Bayer AG kein Klein- und mittelständisches Unternehmen mehr ist, im Bio-Zentrum verbleiben kann, da ein Flächenausgleich (siehe Bescheid der Investitionsbank Sachsen-Anhalts vom 30.01.2008) getätigt wurde. Dieser Weg war zu diesem Zeitpunkt für Klein- und Mittelständische Unternehmen die einzige Möglichkeit, am Standort „weinberg campus“ zu verbleiben und wurde von allen unterstützt. Ab 2011 ergibt sich für die Bio-Zentrum Halle GmbH ein neuer Sachstand, da durch das Protokoll des „Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie“ vom 9. Juli 2010, Punkt 2.5 die Verweildauer von Firmen in TGZ's neu geregelt wurde. Zusammengefasst wurde festgelegt, dass kleinen und mittleren Unternehmen die Räumlichkeiten in Technologiezentren über die vorgesehenen acht Jahre hinaus bereitgestellt werden können, wenn sichergestellt ist, (1) dass die Bereitstellung nach Ablauf der acht Jahre zu Marktpreisen erfolgt, (2) und dass andere kleine und mittlere Unternehmen keinen Bedarf an der Bereitstellung vergünstigter Räumlichkeiten haben. Außerdem wurde durch die Investitionsbank Sachsen-Anhalt bestätigt, dass ein Herauswachsen aus dem KMU-Status für den Verbleib in einem TGZ nicht förderschädlich ist.

Bio-Zentrum Halle GmbH, Forschungs-/Transferzentrum, Halle (Saale)

Diese Problematik besteht nicht mehr für das in 1998 errichtete Forschungsverfügungsgebäude der Bio-Zentrum Halle GmbH, da dieses

- nicht mehr in der Zweckbindung ist, d.h. die Firmen sich in diesem Gebäude über 8 Jahre einmieten dürfen,
- und die Firma Nomad GmbH von der Bayer AG die Anteile an der Firma Icon GmbH erwarb und damit die KMU-Kriterien wieder erfüllt werden.

Das Flächenverhältnis von KMU zu öffentlichen Einrichtungen bei der Vermietung sollte trotzdem gewahrt werden, da dieses seitens der Finanzverwaltung im Rahmen der Baukostensplittung (Mischbruttofinanzierung) hinterlegt und akzeptiert wurde.

Mittelfristig ist nicht absehbar, dass sich die Firmen aus dem Haus so stabilisieren, dass mit einem Auszug in eigene Laborgebäude zu rechnen ist. Die geringen erwirtschafteten Überschüsse von Start-Up-Unternehmen werden in der Regel dazu verwendet, neue Forschungsgebiete aufzunehmen und damit die Präsenz am Markt zu sichern. Freie Flächen sind zeitnah im Gebäude der Bio-Zentrum Halle GmbH nur zu erwarten, falls Firmen wieder aufgrund fehlender Finanzmittel Insolvenzanträge stellen oder ausziehen müssen.

A.3 Projekte, Dienstleistungen, Vermarktung und Kooperation

Die Bio-Zentrum Halle GmbH unterstützt die Gründung von start-up's und die Bestandspflege. Intensive Beratungen und Betreuungen stehen dabei im Vordergrund. Weiterhin besteht die Aufgabe, angewandte Forschung und unternehmerische Aktivitäten zu verknüpfen. Schwerpunkte sind dabei die biologischen, biomedizinischen und nanotechnologischen Fachrichtungen einschließlich der angrenzenden Gebiete, wobei den Firmen eine umfangreiche Infrastruktur zur Verfügung gestellt wird.

Konkrete Hilfe bei Aus- und Neugründungen:

- Beratung für Firmengründer, z. B. hinsichtlich Genehmigungsverfahren und Abstimmung mit den beteiligten Behörden;
- Spezifische Fördermittelinformationen und Venture Capital Information;
- Unterstützung bei Finanzierungsrunden;
- Hilfe bei Projektanbahnungen und -abrechnungen im Netzwerk;
- Unterstützung bei der Präsentation auf Messen und Tagungen;

Bio-Zentrum Halle GmbH, Forschungs-/Transferzentrum, Halle (Saale)

Regionale und überregionale Vernetzung:

- Organisation von Tagungen und Seminaren;
- Erstellung und Durchsetzung eines Vermarktungskonzeptes für die Region;
- PR-Aktivitäten und Firmenakquisition;

Diese Aufgaben werden im Wesentlichen im Rahmen der Betriebsführungsvereinbarung von der TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH wahrgenommen.

Die Bio-Zentrum Halle GmbH war mit ihren Transferaufgaben wesentlicher Bestandteil des Biotechnologie-Konzeptes des Landes Sachsen-Anhalt, welches seit geraumer Zeit keine Fortsetzung mehr fand. Die Bio-Zentrum Halle GmbH ist seit dem Jahr 1998 Gesellschafterin der Bio-Region Halle-Leipzig Management GmbH bzw. ab 2003 der umgegründeten BIO-Mitteldeutschland GmbH. Gegenwärtig werden verschiedene Möglichkeiten des Fortbestandes der BIO-Mitteldeutschland GmbH diskutiert. Die Bio-Mitteldeutschland GmbH firmiert seit 2012 unter dem Namen BMD GmbH, um eine Öffnung für die Zusammenarbeit bei Projekten mit den Bundesländern Sachsen und Thüringen zu ermöglichen, welches unter dem Anspruch und damit verbundenen Namen "Mitteldeutschland" nicht möglich war.

Gemeinsam mit der TGZ Halle GmbH fanden im Geschäftsjahr 2012 wiederum zahlreiche Veranstaltungen zu Themen des Technologietransfers, der Biotechnologie, zu Datenbankenrecherchen und zu Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten für industrielle und wissenschaftliche Kooperationen auf europäischer Ebene statt.

Dies erfolgte im Wesentlichen durch PR-Aktivitäten auf nationalen und internationalen Messen wie z. B. der BIO 2012 in Boston und anderen internationalen Veranstaltungen in Europa. In Boston war das TGZ/Bio-Zentrum mit ca. 18 m² Standfläche vertreten, die von den beteiligten Klein- und mittelständischen Unternehmen des Technologieparks *weinberg campus* zur Kooperationsanbahnung und Kontaktpflege genutzt wurde. Durch die Teilnahme an internationalen Kongressmessen und Foren leiten sich für die mittelständischen Unternehmen auf dem *weinberg campus* vielfältige Projekt- und Lieferbeziehungen ab. Die positive Entwicklung der gemeinsam mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg angebahnten Kontakte in den arabischen Raum u.a. nach Dubai und Syrien sind durch die politischen Konflikte im arabischen und nordafrikanischen Raum wieder weniger geworden.

Das Konzept „*weinberg campus*“ und die damit verbundene gesamte Marketingstrategie wurden zielgerichtet auf das Netzwerk ausgedehnt und erfolgreich im nationalen und internationalen Sprachgebrauch als Marke durchgesetzt.

Bio-Zentrum Halle GmbH, Forschungs-/Transferzentrum, Halle (Saale)

A.4 Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr

Nach der Finanzkrise hat sich die gesamtwirtschaftliche Situation in der Bundesrepublik Deutschland für mittelständische Unternehmen weiter verbessert, wobei speziell in der BIO-NANO-Branche und angrenzender Gebiete die Finanzierung von Unternehmen sowohl bei Gründungen als auch in der Bestandspflege mit einem höheren Risiko behaftet und damit schwieriger ist. Das Land Sachsen-Anhalt hat wiederholt die Förderung für die Biotechnologie in Frage gestellt, so dass es auch künftig schwierig sein wird, sich gegen die Konkurrenz in den anderen Bundesländern wie z. B. Sachsen, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern aber auch Baden-Württemberg und Bayern beim Standortranking zu behaupten. Spezielle Kaltmietförderungen oder Betriebskostenzuschüsse in diesen Ländern durch die Landesregierungen oder die Träger der Einrichtungen führen zu einer extremen Wettbewerbsverzerrung.

In diesem Unternehmensumfeld hatte für die Bio-Zentrum Halle GmbH die Sicherung des Mieterbestandes und deren Betreuung hinsichtlich betriebs- und finanzwirtschaftlicher Problemstellungen erste Priorität bzw. bestand die Notwendigkeit, für die frei gewordenen bzw. neu geschaffenen Flächen Start-ups bzw. neue Mieter zu akquirieren. Dies gestaltet sich dadurch immer schwieriger, da es ein gravierendes Überangebot an Gewerbeflächen gibt und die Mieter immer mehr mit Lockangeboten umworben werden. Der Mieter gibt den Ton an! Der derzeitige Mietzins konnte im Jahr 2012 beibehalten werden, wobei höhere zusätzliche nicht vergütete Aufwendungen sowohl im Dienstleistungssektor als auch durch die Übernahme von nichtvorgesehenen Instandsetzungen und Schönheitsreparaturen entstanden. Das Gebäude ist nach 14 Jahren insbesondere durch den Dauerbetrieb der technischen Ausstattung im Betrieb kostenintensiver geworden, was sich natürlich auf das Betriebsergebnis insgesamt auswirkt.

Weiterhin nahmen die Akquisition und speziell die nutzerspezifische Ausrichtung einen großen Anteil der Geschäftstätigkeit ein.

Durch erhöhte Aufwendungen bei der Akquisition und Übernahme von notwendigen Renovierungs- und Umbauarbeiten für die Nutzer konnte aber erreicht werden, dass die Gebäude am Bilanzstichtag auch unter Einbeziehung der Daniel-Vorländer-Straße 8 zu 100% ausgelastet sind.

A.5 Bericht über den Fortgang der Investitionstätigkeit

Momentan sind keine weiteren Investitionen geplant, die zu einer Erweiterung der Hauptnutzungsfläche der Bio-Zentrum Halle GmbH führen.

Bio-Zentrum Halle GmbH, Forschungs-/Transferzentrum, Halle (Saale)

B. Ertragslage

Die Ertragslage (in T-€) der Gesellschaft stellt sich im Geschäftsjahr 2012 im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar :

	Berichtsjahr		Vorjahr		Veränderung	
	T€	%	T€	%	T€	%
+ Mieteinnahmen	849	49,3%	853	47,3%	-4	-0,5%
+ Einnahmen Mietnebenkosten	881	51,2%	856	47,4%	25	2,9%
+ sonstige Dienstleistungen	7	0,4%	19	1,1%	-12	-63,2%
+ = UMSATZERLÖSE	1.737	100,9%	1.728	95,7%	9	0,5%
+ BESTANDSVERÄNDERUNG	-28	-1,6%	56	3,2%	-84	-150,0%
+ SONST. BETRIEBL. ERTRÄGE	12	0,7%	21	1,2%	-9	-42,9%
= BETRIEBSLEISTUNG	1.721	100,0%	1.805	100,0%	-84	-4,7%
+ Personalkosten	55	3,2%	59	3,3%	-4	-6,8%
+ Abschreibungen	579	33,6%	583	32,3%	-4	-0,7%
+ planmäßige Auflösung der Rücklagen für Investitionszuschüsse	-438	-25,5%	-439	-24,3%	1	-0,2%
+ = ABSCHREIBUNGEN UND AUFL. VON SONDERPOSTEN	141	8,2%	144	8,0%	-3	-2,1%
+ Raumkosten / Betriebsführung / Grundstücksaufwendungen	1.199	69,7%	1.223	67,8%	-24	-2,0%
+ Versicherungen / Beiträge	6	0,3%	7	0,4%	-1	-14,3%
+ Reparaturen / Instandhaltungen	117	6,8%	136	7,5%	-19	-14,0%
+ Kosten des Fuhrparks	6	0,3%	5	0,3%	1	20,0%
+ Werbe- und Reisekosten	38	2,2%	80	4,4%	-42	-52,5%
+ sonstige Kosten	107	6,2%	124	6,9%	-17	-13,7%
+ = SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN	1.473	85,6%	1.575	87,3%	-102	-6,5%
- = BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN	1.669	97,0%	1.778	98,5%	-109	-6,1%
= BETRIEBSERGEBNIS	52	3,0%	27	1,5%	25	92,6%
+ SONSTIGE ZINSEN UND ÄHNLICHE ERTRÄGE	27	100,0%	33	100,0%	-6	-18,2%
- ZINSEN UND ÄHNLICHE AUFWENDUNGEN	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%
= FINANZERGEBNIS	27	100,0%	33	100,0%	-6	-18,2%
= (ERGEBNIS VOR STEUERN)	(79)	(4,6%)	(60)	(3,3%)	(19)	(31,7%)
+ STEUERN VOM EINKOMMEN UND ERTRAG	18	22,8%	11	18,3%	7	63,6%
+ SONSTIGE STEUERN	0	0,0%	0	0,0%	0	*
- = STEUERERGEBNIS	18	22,8%	11	18,3%	7	63,6%
= JAHRESÜBERSCHUSS	61	3,5%	49	2,7%	12	24,5%

Die **Betriebsleistung** der Gesellschaft hat sich gegenüber 2011 um 84 T-€ (= -4,7 %) auf 1.721 T-€ vermindert. Während sich die abgerechneten Mietnebenkosten um 25 T-€ erhöhten

Bio-Zentrum Halle GmbH, Forschungs-/Transferzentrum, Halle (Saale)

gab es bei den Mieteinnahmen eine kleine Verminderung um 4 T-€, bei den sonstigen Dienstleistungen um 12 T-€ und bei den sonstigen betrieblichen Erträgen um 9 T-€. Die Bestandsveränderung an nicht abgerechneten Leistungen aus Mietnebenkosten verminderte sich gegenüber dem Vorjahr um 84 T-€.

Die **Personalkosten** der Gesellschaft haben sich um 4T-€ auf 55 T-€ vermindert.

Bei den **Abschreibungen auf Sachanlagen** handelt es sich um planmäßige Abschreibungen in Höhe von 579 T-€ (Vorjahr: 583 T-€).

Die von den Abschreibungen auf Sachanlagen offen zu saldierenden Erträge aus der Auflösung der **Sonderposten für Investitionszuschüsse** haben sich im Vorjahresvergleich minimal verändert und betragen 438 T-€ (Vorjahr : 439 T-€).

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** verminderten sich im Vorjahresvergleich um 102 T-€. Dabei haben sich in dieser Position insbesondere die Raumkosten (-24 T-€), die Instandhaltungen (-19 T-€), die Werbe- und Reisekosten (-42 T-€) und die sonstigen Kosten (-17 T-€) vermindert. Die übrigen Kosten sind nahezu unverändert geblieben.

Das **Betriebsergebnis** hat sich im Vergleich zu 2011 um 25 T-€ auf 52 T-€ erhöht.

Das **Finanzergebnis** hat sich gegenüber dem Vorjahr um 6 T-€ auf 27 T-€ vermindert.

Die **Steuern von Einkommen und Ertrag** haben sich um 7 T-€ auf 18 T-€ erhöht und erreichen damit eine Steuerquote bezogen auf das Ergebnis vor Steuern von 22,9% gegenüber 18,3% im Vorjahr.

Der **Jahresüberschuss** hat sich um 12 T-€ auf 61 T-€ erhöht.

Bio-Zentrum Halle GmbH, Forschungs-/Transferzentrum, Halle (Saale)

C. Finanzlage

Ziel des Finanzmanagements der Gesellschaft ist es, die jederzeitige Aufrechterhaltung der Liquidität der Gesellschaft zu gewährleisten, also die Fähigkeit die bestehenden und künftigen finanziellen Verpflichtungen in vollem Umfang zu erfüllen. Ferner sollte Liquidität in Höhe der satzungsmäßigen Rücklagen für die Infrastruktur und Bau- und Haustechnikstandhaltung vorhanden sein.

Zu diesem Zweck hält die Gesellschaft liquide Mittel bereit, die zum Bilanzstichtag des Berichtsjahres rund 1.335 T-€ betragen. Durch Umschichtungen in langfristige Finanzanlagen haben sich diese Mittel im Laufe des Jahres 2012 um rund 266 T-€ vermindert.

Die Kapitalstruktur (in T-€) der Gesellschaft stellt sich dabei wie folgt dar :

	Bilanz zum 31.12.2012		Bilanz zum 31.12.2011		Änderung ggü. d. Vorjahr in	
	T€	%	T€	%	T€	%
Eigenkapital	6.463,3	57,2	6.402,1	54,7	61,2	1,0
Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	4.443,3	39,3	4.881,7	41,7	-438,4	-9,0
Rückstellungen	143,8	1,3	147,4	1,3	-3,6	-2,4
Erhaltene Anzahlungen	153,6	1,4	138,1	1,2	15,5	11,2
Lieferverbindlichkeiten	77,6	0,7	122,5	1,0	-44,9	-36,7
Sonstige Verbindlichkeiten	15,1	0,1	4,5	0,0	10,6	233,3
Summe Verbindlichkeiten	246,3	2,2	265,1	2,3	-18,8	-7,1
Summe Passiva=Gesamtkapital	11.296,7	100,0	11.696,3	100,0	-399,6	-3,4

Bio-Zentrum Halle GmbH, Forschungs-/Transferzentrum, Halle (Saale)

D. Vermögenslage

Die Vermögensstruktur (in T-€) der Gesellschaft stellt sich wie folgt dar :

	Bilanz zum		Bilanz zum		Änderung	
	31.12.2012		31.12.2011		ggü.	
	T€	%	T€	%	d. Vorjahr in	
	T€	%	T€	%	T€	%
Sachanlagen	8.240,2	73,0	8.809,4	75,3	-569,2	-6,5
Finanzanlagen	1.502,3	13,3	1.002,4	8,6	499,9	49,9
Summe Anlagevermögen	9.742,5	86,3	9.811,7	83,8	-69,3	-0,7
Forderungen	193,9	1,7	228,0	1,9	-34,1	-15,0
Sonstige Vermögensgegenstände	24,9	0,2	47,7	0,4	-22,8	-47,9
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten, Wertpapiere	1.335,4	11,8	1.601,4	13,7	-266,0	-16,6
Summe Umlaufvermögen	1.554,2	13,7	1.877,1	16,0	-322,9	-17,2
Rechnungsabgrenzungsposten	0,0	0,0	7,5	0,1	-7,5	100,0
Summe Aktiva=Gesamtvermögen	11.296,7	100,0	11.696,3	100,0	-399,6	-3,4

Das **Gesamtvermögen** hat sich gegenüber dem Vorjahr um 399,6 T-€ (= -3,4 %) auf 11.296,7 T-€ ermäßigt.

Der Anteil des **langfristig gebundenen Vermögens** am Gesamtvermögen hat sich durch die Abnahme des Sachanlagevermögens (-569,2 T-€) bei gleichzeitiger Zunahme des Finanzanlagevermögens (+499,9 T-€) auf nunmehr 86,3 % (Vorjahr 83,8 %) erhöht. Der Anteil des Sachanlagevermögens ist von 75,3 % im Vorjahr auf 73,0 % im Berichtsjahr gesunken, was sich durch die vorgenommenen planmäßigen Abschreibungen begründen lässt.

Das **Finanzanlagevermögen** hat sich durch Vermögensumschichtungen um T-€ 499,9 erhöht. Der Anteil am Gesamtvermögen beträgt nunmehr 13,3% (Vorjahr : 8,6 %)

Bei den mit den Abgängen saldierten Investitionen der Gesellschaft in Höhe von 10,0 T-€ und Abschreibungen in Höhe von 579,2 T-€ hat sich das **Sachanlagevermögen** um 569,2 T-€ auf einen Betrag von 8.240,2 T-€ vermindert.

Das **mittel- und kurzfristig gebundene Vermögen** hat sich im Vorjahresvergleich um 322,9

Bio-Zentrum Halle GmbH, Forschungs-/Transferzentrum, Halle (Saale)

T-€ oder 17,2% auf 1.554,2 T-€ vermindert. Diese Reduzierung resultiert im Wesentlichen aus der Veränderung bei den liquiden Mitteln aufgrund Vermögensumschichtungen (-266,0 T-€). Die **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** (-34,1 T-€) sowie die sonstigen Vermögensgegenstände (-22,8 T-€) haben sich ebenfalls vermindert.

Bei den **Sonstigen Vermögensgegenstände** haben sich insbesondere die Steuerforderungen (-19,3 T-€) vermindert. Die übrigen sonstigen Vermögensgegenstände haben leicht abgenommen (-3,5 T€).

Die **liquiden Mittel** betragen am Bilanzstichtag 1.335,4 T-€ (Vorjahr : 1.601,4 T-€) und nahmen damit um 266,0 T-€ ab.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten waren zum Bilanzstichtag keine vorhanden (Vorjahr : 7,5 T-€).

E. Nachtragsbericht

Über Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind (§289 Abs. 2 Nr. 1 HGB), wird nachfolgend berichtet :

Nach Schluss des Geschäftsjahres traten keine Vorgänge von besonderer Bedeutung auf, über die entsprechend §289 Abs. 2 Nr.1 HGB zu berichten wäre.

F. Risikobericht

Das in Richtung Bio- und Nanotechnologie spezialisierte Zentrum, die Bio-Zentrum Halle GmbH, unterliegt im Rahmen der Risikokategorie "Umfeldrisiken/Branchenrisiken" dem bestandsgefährdenden Risiko, dass die politischen und gesetzgeberischen Kräfte Weichenstellungen wählen, die zu nachfolgend aufgeführten Fragen Anlass geben :

- Könnte es zu einem Ausstieg aus der Bio-NANO-Technologie durch übertriebene politisch motivierte Anforderungen in Deutschland, Sachsen-Anhalt oder Halle kommen.
- Restriktive Festlegungen in einem neuen Bebauungsplan für Heide-Süd könnten dazu führen, dass der Weinberg campus für Firmenansiedlungen im Standortranking immer mehr an Lukrativität verliert und die Erfolgsquote bei Ansiedlungs- und Gründungsbemühungen sinken wird.

Bio-Zentrum Halle GmbH, Forschungs-/Transferzentrum, Halle (Saale)

- Nichtabsehbare Folgen aus der Verlagerung der Ingenieurwissenschaften von der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg an die Otto von Guericke Universität Magdeburg. Bleiben die Bio- und Materialwissenschaften mittelfristig in Halle?
- Den Fachkräftemangel, insbesondere bei den Ingenieuren, Biochemikern, Bioingenieuren usw. aber auch Labor- und Technikkräften ausgehend von der demographischen Entwicklung nicht entgegengewirkt wird.
- Fehlende Bereitschaft zur Gründung von Firmen, da Kapital fehlt und aber auch genügend freie Stellen für Akademiker in diesen Fachrichtungen angeboten werden.
- Bedingt durch die konjunkturelle Lage, insbesondere für innovative Firmen aus der Bio-Nanotechnologie und angrenzender Gebiete, die Situation in Deutschland sich weiter verschlechtern wird und die wenigen Firmen an Standorte gehen, die sie ohne unüberschaubare bürokratische Hürden aufnehmen.
- Lukrative Bio-Technologiefirmen durch die Investoren unter dem Gesichtspunkt der Renditemaximierung verkauft werden und damit die Standortfrage bzw. der Weiterbestand der Firma insgesamt in Frage gestellt ist.

Die dargestellte Problematik kann mittelfristig zu erheblichen Mietausfällen der Bio-Zentrum Halle GmbH führen und damit das Fortbestehen des Betriebes gefährden. Eine mögliche Nutzungsänderung, die dem neuen Bebauungsplan angepasst wäre, ist nicht gegeben, da Halle eine erhebliche Angebotsreserve an Büroflächen aufweist und der Mietzins bei diesen im letzten Jahr weiter gesunken ist. Diesem Mietdumping kann nur durch erhöhte Serviceleistungen entgegengewirkt werden, wobei diese natürlich höhere Kosten verursachen, da der Personalaufwand steigt. Die Kosten für eine Nutzungsänderung wären mit erheblichen Aufwendungen verbunden und ständen in keiner Relation zum Nutzen. Seitens der Verwaltung der Stadt Halle sollte die Rolle des Technologieparks Weinberg campus besser erkannt werden und dieser Rechnung getragen werden.

Bio-Zentrum Halle GmbH, Forschungs-/Transferzentrum, Halle (Saale)

G. Prognosebericht

In Erfüllung ihrer gesetzlichen Verpflichtung hat die Geschäftsführung der Berichtsgesellschaft ihre Einschätzungen zur voraussichtlichen Entwicklung der Firma Bio-Zentrum Halle GmbH und deren wesentliche Chancen und Risiken in einem Wirtschaftsplan 2013 und in Entwurfsfassungen für die Jahre 2014 bis 2018 gebündelt. Diese Wirtschaftspläne, die als reine Ertragsplanungen aufgebaut wurden, haben danach folgendes Bild:

Jahr	Aufwendungen T-EURO	Erlöse		Finanz- ergebnis T-EURO	Ergebnis T-EURO
		Miete + Nebenk. T-EURO	sonstige T-EURO		
2013	1.731	1.657	10	18	-46
2014	1.766	1.680	20	18	-48
2015	1.796	1.700	25	25	-46
2016	1.796	1.700	25	25	-46
2017	1.796	1.700	25	25	-46
2018	1.796	1.700	25	25	-46

Es können weitere Risiken die sich durch einen neuen B-Plan wie er derzeit im Entwurf vorliegt auf die Entwicklung des Standortes und damit auf die Bio-Zentrum Halle GmbH mittelfristig negativ auswirken. Dies sollte unbedingt bei der Abwägung zum B-Plan mit in Betracht gezogen werden.

Weiter vorausschauend zeichnet sich ab 2014/2015 durch die offene Weiterfinanzierung und Strukturierung der Probiodrug AG z.Zt. ein nicht definierbarer eventueller Leerstand ab, der in der Entwurfsfassung des Wirtschaftsplanes 2014 und der Mittelfristplanung bis 2018 nicht berücksichtigt wurde sondern operativ eingearbeitet werden muss. Es ist zum heutigen Tage nicht voraussehbar mit welchem Flächenbedarf welche Einrichtung mit welchen Themen weitergeführt wird.

Künftiger Schwerpunkt wird weiterhin ein umfassendes Marketingkonzept zur Sicherung des

Bio-Zentrum Halle GmbH, Forschungs-/Transferzentrum, Halle (Saale)

BIO-NANO-Standortes im Süden von Sachsen-Anhalt sein und damit verbunden nicht nur die Beibehaltung des Mieterbestandes durch entsprechende Betreuung und Beratung der Firmen, sondern auch die Unterstützung des Bio-Nanotechnologie-Konzeptes im Netzwerk *weinberg campus*. Dies bedeutet gemeinsam mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, der Max-Planck-Gesellschaft und der Fraunhofer-Gesellschaft die zielstrebige Entwicklung der BIO-Nanotechnologie bis 2012, verbunden mit der inhaltlichen Ausgestaltung des neuen Forschungsverfügungsgebäudes durch die Gesellschaft, welches voraussichtlich ab 2013 durch ein weiteres Gebäude der Fraunhofer-Gesellschaft mit der fachlichen Ausrichtung zur Solartechnik unterstützt wird.

Die um dieses von der Fraunhofer-Gesellschaft errichtete Gebäude geplante Ansiedlung von mittelständischen Partnern wird sich sowohl durch die konjunkturelle Situation verschieben als auch insgesamt bei der Verschlechterung der Standortbedingungen durch den geplanten neuen B-Plan in Frage gestellt.

Weiterhin ist es bei der Erstellung des Bebauungsplanes für den *weinberg campus* dringend erforderlich, die Frage der Voraussetzungen für die Produktion von innovativen werthaltigen Produkten positiv zu entscheiden, da ansonsten die Co-Finanzierungen für die angewandte Forschung in diesen Unternehmen nicht gewährleistet werden kann. Damit wäre entweder der Weggang der Unternehmen vom *weinberg campus* oder deren Insolvenz vorprogrammiert.

Das Erfolgsrezept für die Entwicklung des *weinberg campus*, der einer Stadt / Region kann nur sein: Bildung – Grundlagenforschung, + Angewandte Forschung + Produkt- und Dienstleistungsentwicklung + Produktion / Umsetzung = Gewerbesteuererinnahmen = Wohlstand - Demographischer Wandel.

Dieses Erfolgskonzept kann nur gemeinsam mit der abgestimmten Entwicklung des Strategiedialoges zur Stadtentwicklung Halle 2025 vom November 2011 Seite 7 Pkt. 3 erfolgen.

Zitat : "*Innovation am weinberg campus und zukunftsorientierte Weiterentwicklung von Neustadt: Mit dem weinberg campus ist es Halle gelungen, sich als Standort von Forschung und Entwicklung sowie wissens- und technologieorientierter Produktion zu etablieren. Dabei profitiert der Technologiepark auch von seiner engen Einbindung in die Stadt und ergänzt die innerstädtischen Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen. Das Stadtumbaugebiet Neustadt erhält durch seine räumliche Nähe zum weinberg campus neue Zukunftsperspektiven.*"

Unter diesem Gesichtspunkt wurde unter der Initiative der TGZ Halle GmbH eine Arbeitsgruppe "Vision *weinberg campus 2020/2025*" aus Vertretern unterschiedlicher Einrichtungen gebildet,

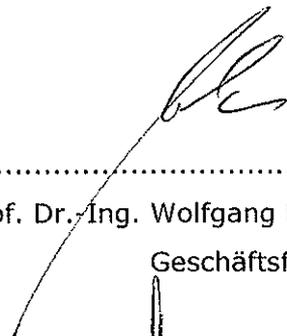
Bio-Zentrum Halle GmbH, Forschungs-/Transferzentrum, Halle (Saale)

die sich erstmalig zur konstituierenden Sitzung am 16.01.2012 traf. Die Zielstellung der Arbeitsgruppe besteht darin, Anfang 2013 ein aussagefähiges Papier zu erstellen, welches dann anderen Partnern auf dem *weinberg campus* zur abschließenden Diskussion zur Verfügung gestellt wird. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe "Vision *weinberg campus* 2020/2025" sollen dann als gebündelte Meinungsbildung in den Strategiedialog der Stadt Halle einfließen.

Auch für die akademischen Einrichtungen wie die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Max-Planck-Gesellschaft, Leibniz-Institut für Pflanzenbiochemie und Fraunhofer-Institut für Werkstoffmechanik wäre eine andere Entscheidung von negativer Auswirkung, da z.B. für die Universitätsabsolventen die Möglichkeit genommen wird, sich am Standort weiterzuentwickeln, welches natürlich extreme Auswirkungen für die demographische und damit auch finanzielle Entwicklung der Stadt Halle hätte. Ähnliche Auswirkungen hat es für die außeruniversitären Einrichtungen, für die aber insbesondere dann stabile Kooperationspartner aus mittelständischen Unternehmen fehlen bzw. verloren gingen.

Wir sehen der Entwicklung des Jahres 2013 ff. auch in Anbetracht dieser Risiken verhalten positiv entgegen und gehen davon aus, dass wir alle von den Gesellschaftern und der öffentlichen Hand an uns adressierten Aufgaben noch vollumfänglich unter Wahrung der finanziellen Stabilität erfüllen können. Die Weiterentwicklung des Standortes ist aber von den Rahmenbedingungen, die die Stadt Halle u.a. vorgibt, im Wesentlichen abhängig. Dadurch wird entscheidend beeinflusst, welche Entwicklung der Technologiepark *weinberg campus* und damit die Bio-Zentrum Halle GmbH nimmt.

Halle (Saale), 16. April 2013


.....
Prof. Dr.-Ing. Wolfgang Lukas
Geschäftsführer


.....
Frau Sabine Noll
Geschäftsführerin

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Bio-Zentrum Halle GmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2012 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

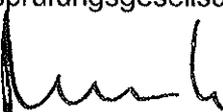
Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Halle (Saale), den 21. Mai 2013

Brennecke Treuhand GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft


Dipl.-Kfm. Andreas Brennecke
Wirtschaftsprüfer

RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

Firma	Bio-Zentrum Halle GmbH
Sitz	06120 Halle (Saale), Weinbergweg 22
Handelsregister-Eintragung	Amtsgericht Stendal, HRB 208840 eingetragen am 16. Oktober 2006; Tag der ersten Eintragung am 02. Januar 1995 letzter Eintrag am 13. Dezember 2006
Gesellschaftsvertrag	<p>Gründungsfassung vom 15. Juli 1994 mit Änderungen vom 03. April 2003 (Änderung des § 6 (Vertretung), § 10 (Jahresabschluss)) und Änderung vom 04. Juni 2003 (Änderung des § 6 (Vertretung)). Der Eintrag dieser Änderungen erfolgte am 23. Juni 2003.</p> <p>Am 18. Mai 2006 fand eine weitere Änderung des Gesellschaftsvertrages statt. Geändert wurde § 3 (Stammkapital, Stammeinlage), § 10 (Jahresabschluss) und § 12 (Bekanntmachungen). Der Eintrag dieser Änderungen in das Handelsregister erfolgte am 13. Dezember 2006.</p>
Geschäftsjahr	Kalenderjahr
Geschäftsführer	<p>Herr Prof. Dr.-Ing. Wolfgang Lukas Diplomingenieur, Halle (Saale)</p> <p>Frau Sabine Noll Halle (Saale)</p> <p>Die Geschäftsführer sind einzelvertretungsberechtigt und von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.</p>

Gegenstand des Unternehmens Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb eines biologischen Forschungs- und Transferzentrums in Halle.

Dazu gehören insbesondere:

- a) die Förderung gemeinsamer Projekte der Wirtschaft und der Martin-Luther-Universität auf dem Gebiet der Biowissenschaften,
- b) die Beratung der Wirtschaft und sonstiger Dritter bei der Anwendung oder Einführung neuer Technologien,
- c) die Bereitstellung von Laborflächen und Arbeitsmöglichkeiten für neu im Bereich der Biowissenschaften tätige Firmen, für Einrichtungen, die auf diesem Gebiet mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg zusammenarbeiten ("Institute an der Martin-Luther-Universität") und für Forschungstätigkeiten der Martin-Luther-Universität auf diesem Gebiet

Gesellschafter und Kapitalanteile

Das Stammkapital beträgt EUR 26.000,00 und ist zum Bilanzstichtag in voller Höhe erbracht.

Zum 31. Dezember 2012 waren an der Gesellschaft beteiligt:

	EUR	%
Stadt Halle (Saale)	13.250,00	50,96
Martin-Luther-Universität		
Halle-Wittenberg	<u>12.750,00</u>	<u>49,04</u>
	<u>26.000,00</u>	<u>100,00</u>

Beirat

Der in § 8 des Gesellschaftsvertrages vorgesehene Beirat wurde bisher nicht gebildet.

Vorjahresabschluss

Am 2. Juli 2012 wurde der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2011 sowie der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2011 der Gesellschafterversammlung zur Prüfung und Beschlussfassung vorgelegt.

Der Jahresabschluss wurde festgestellt und den Geschäftsführern Entlastung erteilt.

Sonstiges

Am 12. April 2007 wurde von der Gesellschafterversammlung mit sofortiger Wirkung eine Geschäftsordnung für die Geschäftsführung der Berichtsgesellschaft erlassen.

Wesentliche Veränderungen der rechtlichen Verhältnisse nach dem Abschlussstichtag liegen nicht vor.

STEUERLICHE VERHÄLTNISSE

Zuständiges Finanzamt	Halle (Saale) - Süd
Steuernummer	111/107/08763
Steuerpflicht	<p>Die Gesellschaft ist nach § 1 KStG unbeschränkt körperschaftsteuerpflichtig. Die Gesellschaft ist nach § 2 Abs. 1 GewStG gewerbesteuerpflichtig.</p> <p>Die Gesellschaft ist Unternehmerin i. S. d. § 2 UStG und nimmt bei der Vermietung von Grundstücken und Gebäuden die Optionsmöglichkeiten einer steuerpflichtigen Vermietung im Rahmen des § 9 UStG soweit als möglich in Anspruch.</p>
Steuererklärungen/-bescheide	Die Steuererklärungen für das Veranlagungsjahr 2011 wurden im Oktober 2012 abgegeben. Die Steuerbescheide liegen vor.
Steuerliche Außen-/Sonderprüfungen	Die letzte steuerliche Außenprüfung fand in den Jahren 2001 - 2002 statt. Geprüft wurde das Jahr 1999.

Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 Haushaltsgrundsätze-gesetz

Darstellung nach dem Fragenkatalog gemäß IDW PS 720

Fragenkreis 1: Tätigkeit von Überwachungsorganen und Geschäftsleitung sowie individualisierte Offenlegung der Organbezüge

- a) **Gibt es Geschäftsordnungen für die Organe und einen Geschäftsverteilungsplan für die Geschäftsleitung sowie ggf. für die Konzernleitung? Gibt es darüber hinaus schriftliche Weisungen des Überwachungsorgans zur Organisation für die Geschäfts- sowie ggf. für die Konzernleitung (Geschäfts-anweisung)? Entsprechen diese Regelungen den Bedürfnissen des Unternehmens bzw. des Konzerns?**

Die Geschäftsanweisungen für die Geschäftsführung der TGZ Halle TECHNOLOGIE- UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH vom 21.03.2007 gilt über einen Betriebsführungsvertrag mit der TGZ Halle TECHNOLOGIE- UND GRÜNDERZENTRUM Halle GmbH auch für die Bio-Zentrum Halle GmbH.

- b) **Wie viele Sitzungen der Organe und ihrer Ausschüsse haben stattgefunden und wurden Niederschriften hierüber erstellt?**

Es fanden zwei Gesellschafterversammlungen statt; Niederschriften wurden erstellt. Formelle Geschäftsführungssitzungen wurden nicht abgehalten.

- c) **In welchen Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i. S. d. § 125 Abs. 1 Satz 5 AktG sind die einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung tätig?**

Mitglieder der Geschäftsleitung gehören keinen Aufsichtsräten an. Die Geschäftsführer nehmen die Gesellschafterfunktion bei der BMD GmbH wahr. Herr Prof. Dr. Lukas ist darüber hinaus im Stiftungsvorstand der Martin-Luckner-Stiftung tätig.

- d) **Wird die Vergütung der Organmitglieder (Geschäftsleitung, Überwachungsorgan) individualisiert im Anhang des Jahresabschlusses/Konzernabschlusses aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung ausgewiesen? Falls nein, wie wird dies begründet?**

Die Vergütung der Organmitglieder wird unter Hinweis auf §§ 288, 286 Abs. 4 HGB zutreffend nicht im Anhang angegeben.

Fragenkreis 2: Aufbau- und ablauforganisatorische Grundlagen

- a) **Gibt es einen den Bedürfnissen des Unternehmens entsprechenden Organisationsplan, aus dem Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten/Weisungsbefugnisse ersichtlich sind? Erfolgt dessen regelmäßige Überprüfung?**

Das TGZ Halle TECHNOLOGIE- UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH ist nach DIN ISO 9001 zertifiziert. Inhaltlich stellt ein Qualitätsmanagement Handbuch den Organisationsaufbau dar und regelt diesen. Im Mai 2012 hat ein Überwachungsaudit beim TGZ Halle TECHNOLOGIE- UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH stattgefunden. Über den Betriebsführungsvertrag mit dem TGZ Halle TECHNOLOGIE- UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH gilt der im Qualitätsmanagement Handbuch niedergelegte Organisationsaufbau und dessen Regelungen auch für die Bio-Zentrum Halle GmbH.

- b) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird?**

Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird.

- c) **Hat die Geschäftsführung Vorkehrungen zur Korruptionsprävention ergriffen und dokumentiert?**

Bei einem Investitionsvolumen von mehr als TEUR 100 bedürfen die Handlungen der Geschäftsführer der Genehmigung durch die Gesellschafter.

- d) **Gibt es geeignete Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen für wesentliche Entscheidungsprozesse (insbesondere Auftragsvergabe und Auftragsabwicklung, Personalwesen, Kreditaufnahme und -gewährung)? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass diese nicht eingehalten werden?**

Über den Betriebsführungsvertrag mit dem TGZ Halle TECHNOLOGIE- UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH gilt die Geschäftsanweisung für die Geschäftsführer vom 21.03.2007. Im Übrigen wird nach den internen Organisationsrichtlinien, wie sie im QM-Handbuch niedergelegt sind, verfahren. Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass die Anweisungen und Richtlinien nicht eingehalten werden.

- e) **Besteht eine ordnungsmäßige Dokumentation von Verträgen (z. B: Grundstücksverwaltung, EDV)?**

Es besteht eine ordnungsmäßige Dokumentation von Verträgen.

Fragenkreis 3: Planungswesen, Rechnungswesen, Informationssystem und Controlling

- a) **Entspricht das Planungswesen – auch im Hinblick auf Planungshorizont und Fortschreibung der Daten sowie auf sachliche und zeitliche Zusammenhänge von Projekten – den Bedürfnissen des Unternehmens?**

Das Planungswesen entspricht im Hinblick auf Planungshorizont und Fortschreibung der Daten im Zusammenhang mit sachlichen und zeitlichen Zusammenhängen von Projekten den Bedürfnissen des Unternehmens.

- b) **Werden Planabweichungen systematisch untersucht?**

Planabweichungen werden systematisch untersucht.

- c) **Entspricht das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung der Größe und den besonderen Anforderungen des Unternehmens?**

Das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung entspricht der Größe und den besonderen Anforderungen des Unternehmens und ist angemessen.

- d) **Besteht ein funktionierendes Finanzmanagement, welches u.a. eine laufende Liquiditätskontrolle und eine Kreditüberwachung gewährleistet?**

Es besteht ein funktionierendes Finanzmanagement.

- e) **Gehört zu dem Finanzmanagement auch ein zentrales Cash-Management und haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die hierfür geltenden Regelungen nicht eingehalten worden sind?**

Entfällt

- f) **Ist sichergestellt, dass Entgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden? Ist durch das bestehende Mahnwesen gewährleistet, dass ausstehende Forderungen zeitnah und effektiv eingezogen werden?**

Durch Ausgliederung des Facilitymanagements an externe Dienstleister ist sichergestellt, dass im Rahmen der Vermietung alle Entgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden. Im Übrigen bieten der Betriebsablauf und die Organisation die Gewähr, dass andere als Mietentgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden. Das bestehende Mahnwesen gewährleistet ausstehende Forderungen zeitnah und effektiv einzuziehen.

- g) **Entspricht das Controlling den Anforderungen des Unternehmens/Konzerns und umfasst es alle wesentlichen Unternehmens-/ Konzernbereiche?**

Das Controlling entspricht den Anforderungen des Unternehmens und umfasst alle wesentlichen Unternehmensbereiche.

- h) **Ermöglichen das Rechnungs- und Berichtswesen eine Steuerung und/oder Überwachung der Tochterunternehmen und der Unternehmen, an denen eine wesentliche Beteiligung besteht?**

Entfällt

Fragenkreis 4: Risikofrüherkennungssystem

- a) **Hat die Geschäfts-/Konzernleitung nach Art und Umfang Frühwarnsignale definiert und Maßnahmen ergriffen, mit deren Hilfe bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können?**

Aufgaben und Ziele des Risikomanagements des TGZ Halle TECHNOLOGIE UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH gelten auch über den Betriebsführungsvertrag für die Bio-Zentrum Halle GmbH. Die Aufgaben und Ziele des Risikomanagements des TGZ Halle TECHNOLOGIE UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH sind im Qualitätsmanagement Handbuch niedergelegt, einschließlich der Definition der Frühwarnsignale und der zu ergreifenden Maßnahmen.

- b) **Reichen diese Maßnahmen aus und sind sie geeignet, ihren Zweck zu erfüllen? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden?**

Die Maßnahmen sind ausreichend und geeignet ihren Zweck zu erfüllen. Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden.

- c) **Sind diese Maßnahmen ausreichend dokumentiert?**

Die Maßnahmen sind ausreichend dokumentiert.

- d) **Werden die Frühwarnsignale und Maßnahmen kontinuierlich und systematisch mit dem aktuellen Geschäftsumfeld sowie mit den Geschäftsprozessen und Funktionen abgestimmt und angepasst?**

Frühwarnsignale und Maßnahmen werden kontinuierlich und systematisch mit dem aktuellen Geschäftsumfeld sowie mit den Geschäftsprozessen und Funktionen abgestimmt und angepasst.

Fragenkreis 5: Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate

- a) **Hat die Geschäfts-/Konzernleitung den Geschäftsumfang zum Einsatz von Finanzinstrumenten sowie von anderen Termingeschäften, Optionen und Derivaten schriftlich festgelegt? Dazu gehört:**

- **Welche Produkte/Instrumente dürfen eingesetzt werden?**
- **Mit welchen Partnern dürfen die Produkte/Instrumente bis zu welchen Beträgen eingesetzt werden?**
- **Wie werden die Bewertungseinheiten definiert und dokumentiert und in welchem Umfang dürfen offene Posten entstehen?**
- **Sind die Hedge-Strategien beschrieben, z. B. ob bestimmte Strategien ausschließlich zulässig sind bzw. bestimmte Strategien nicht durchgeführt werden dürfen (z. B. anti-izipatives Hedging)?**

Komplexe Finanzinstrumente werden nicht eingesetzt.

- b) **Werden Derivate zu anderen Zwecken eingesetzt als zur Optimierung von Kreditkonditionen und zur Risikobegrenzung?**

Entfällt

- c) **Hat die Geschäfts-/Konzernleitung ein dem Geschäftsumfang entsprechendes Instrumentarium zur Verfügung gestellt insbesondere in Bezug auf**

- Erfassung der Geschäfte,
- Beurteilung der Geschäfte zum Zweck der Risikoanalyse,
- Bewertung der Geschäfte zum Zweck der Rechnungslegung,
- Kontrolle der Geschäfte?

Entfällt

- d) **Gibt es eine Erfolgskontrolle für nicht der Risikoabsicherung (Hedging) dienende Derivatgeschäfte und werden Konsequenzen aufgrund der Risikoentwicklung gezogen?**

Entfällt

- e) **Hat die Geschäfts-/Konzernleitung angemessene Arbeitsanweisungen erlassen?**

Entfällt

- f) **Ist die unterjährige Unterrichtung der Geschäfts-/Konzernleitung im Hinblick auf die offenen Positionen, die Risikolage und die ggf. zu bildenden Vorsorgen geregelt?**

Entfällt

Fragenkreis 6: Interne Revision

- a) **Gibt es eine den Bedürfnissen des Unternehmens/Konzerns entsprechende interne Revision/Konzernrevision? Besteht diese als eigenständige Stelle oder wird diese Funktion durch eine andere Stelle (ggf. welche?) wahrgenommen?**

Das TGZ TECHNOLOGIE UND GRÜNDERZENTRUM HALLE GmbH hat sich im Geschäftsjahr einem QM-Audit unterzogen und wurde zertifiziert. Über den Geschäftsbesorgungsvertrag mit dem TGZ ist auch die Gesellschaft in das QM einbezogen. Die Organisationsanweisungen im QM Handbuch bieten die Gewähr, dass eine der Größe der Gesellschaft angemessene Funktionstrennung erfüllt wird. Eine interne Revision als eigenständige Stelle ist damit entbehrlich. Wesentliche Teile des Geschäftsbetriebes werden durch die EVH GmbH abgewickelt (Facilitymanagement). Im Rahmen der Geschäftsbesorgung mit der EVH GmbH unterliegt dieser Teil des Geschäftsbetriebs der Prüfung durch die Innenrevision der EVH GmbH.

- b) **Wie ist die Anbindung der internen Revision/Konzernrevision im Unternehmen/Konzern? Besteht bei ihrer Tätigkeit die Gefahr von Interessenkonflikten?**

Entfällt

- c) **Welches waren die wesentlichen Tätigkeitsschwerpunkte der internen Revision/Konzernrevision im Geschäftsjahr? Wurde auch geprüft, ob wesentlich miteinander unvereinbare Funktionen (z. B. Trennung von Anweisungen und Vollzug) organisatorisch getrennt sind? Wann hat die interne Revision das letzte Mal über Korruptionsprävention berichtet? Liegen hierüber schriftliche Revisionsberichte vor?**

Entfällt

- d) **Hat die interne Revision ihre Prüfungsschwerpunkte mit dem Abschlussprüfer abgestimmt?**

Entfällt

- e) **Hat die interne Revision/Konzernrevision bemerkenswerte Mängel aufgedeckt und um welche handelt es sich?**

Entfällt

- f) **Welche Konsequenzen werden aus den Feststellungen und Empfehlungen der internen Revision/Konzernrevision gezogen und wie kontrolliert die interne Revision/Konzernrevision die Umsetzung ihrer Empfehlungen?**

Entfällt

Fragenkreis 7: Übereinstimmung der Rechtsgeschäfte und Maßnahmen mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans

- a) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt worden ist?**

Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass die vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt wurde.

- b) **Wurde vor der Kreditgewährung an Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans die Zustimmung des Überwachungsorgans eingeholt?**

Entfällt

- c) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass anstelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen worden sind (z. B. Zerlegung in Teilmaßnahmen)?**

Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben.

- d) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmen?**

Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass die Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmen.

Fragenkreis 8: Durchführung von Investitionen

- a) **Werden Investitionen (in Sachanlagen, Beteiligungen, sonstige Finanzanlagen, immaterielle Anlagewerte und Vorräte) angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität/Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft?**

Investitionen werden angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität/Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft.

- b) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen (z.B. bei Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken oder Beteiligungen)?**

Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren.

- c) **Werden Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen laufend überwacht und Abweichungen untersucht?**

Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen werden laufend überwacht und Abweichungen untersucht.

- d) **Haben sich bei abgeschlossenen Investitionen wesentliche Überschreitungen ergeben? Wenn ja, in welcher Höhe und aus welchen Gründen?**

Es haben sich keine wesentlichen Überschreitungen bei den abgeschlossenen Investitionen ergeben.

- e) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden?**

Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden.

Fragenkreis 9: Vergaberegulungen

- a) **Haben sich Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegulungen (z.B. VOB, VOL, VOF, EU-Regelungen) ergeben?**

Es haben sich keine Anhaltspunkte für Verstöße gegen Vergaberegulungen ergeben.

- b) **Werden für Geschäfte, die nicht den Vergaberegulungen unterliegen, Konkurrenzangebote (z. B. auch für Kapitalaufnahmen und Geldanlagen) eingeholt?**

Im Geschäftsjahr gab es keine Investitionen. Bei Gebäudeinvestitionen gibt es den Vergabevorschlag, der durch die Stadt Halle geprüft wird. Danach erfolgt erst der Gesellschafterbeschluss mit Weisung an die Geschäftsführung.

Fragenkreis 10: Berichterstattung an das Überwachungsorgan

- a) **Wird dem Überwachungsorgan regelmäßig Bericht erstattet?**

Der Gesellschafterversammlung wird regelmäßig Bericht erstattet. Die Berichterstattung erfolgt mündlich in den Gesellschafterversammlungen und unter Einsatz von schriftlichen Beschlussvorlagen. Für die Stadt Halle werden quartalweise Beteiligungsberichte erstellt. Auf besondere Anforderungen erfolgt bei Anfragen Berichterstattung durch die Geschäftsführer an ihre Organe und entscheidungsbefugten Stellen.

- b) **Vermitteln die Berichte einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens/Konzerns und in die wichtigsten Unternehmens-/ Konzernbereiche?**

Die Berichte vermitteln einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens.

- c) **Wurde das Überwachungsorgan über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet? Liegen insbesondere ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen vor und wurde hierüber berichtet?**

Die Gesellschafterversammlung wurde über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet. Ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle liegen nicht vor.

- d) **Zu welchen Themen hat die Geschäfts-/Konzernleitung dem Überwachungsorgan auf dessen besonderen Wunsch berichtet (§ 90 Abs. 3 AktG)?**

Entfällt

- e) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Berichterstattung (z. B. nach § 90 AktG oder unternehmensinternen Vorschriften) nicht in allen Fällen ausreichend war?**

Hierfür haben sich keine Anhaltspunkte ergeben.

- f) **Gibt es eine D&O-Versicherung? Wurde ein angemessener Selbstbehalt vereinbart? Wurden Inhalt und Konditionen der D&O-Versicherung mit dem Überwachungsorgan erörtert?**

Eine D&O-Versicherung mit angemessenem Selbstbehalt liegt vor.

- g) **Sofern Interessenkonflikte der Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans gemeldet wurden, ist dies unverzüglich dem Überwachungsorgan offengelegt worden?**

Entfällt

Fragenkreis 11: Ungewöhnliche Bilanzposten und stille Reserven

- a) **Besteht in wesentlichem Umfang offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen?**

Es besteht kein offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen.

- b) **Sind Bestände auffallend hoch oder niedrig?**

Es bestehen keine auffallend hohen oder niedrigen Bestände.

- c) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird?**

Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird.

Fragenkreis 12: Finanzierung

- a) **Wie setzt sich die Kapitalstruktur nach internen und externen Finanzierungsquellen zusammen? Wie sollen die am Abschlussstichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen finanziert werden?**

Die Unternehmensfinanzierung erfolgt im Wesentlichen durch Eigenmittel.

- b) **Wie ist die Finanzlage des Konzerns zu beurteilen, insbesondere hinsichtlich der Kreditaufnahmen wesentlicher Konzerngesellschaften?**

Entfällt

- c) **In welchem Umfang hat das Unternehmen Finanz-/Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden?**

Die Zweckbindung für Fördermittel aus Vorjahren (EFRE-Fördermittel) laufen bis 2023. Die Patronatserklärung der Stadt Halle (Saale) und weiterer öffentlicher Gesellschaften stellen unmittelbare und mittelbare Garantieerklärungen der öffentlichen Hand dar. Es haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden.

Fragenkreis 13: Eigenkapitalausstattung und Gewinnverwendung

- a) **Bestehen Finanzierungsprobleme aufgrund einer evtl. zu niedrigen Eigenkapitalausstattung?**

Die Eigenkapitalausstattung ist angemessen.

- b) **Ist der Gewinnverwendungsvorschlag (Ausschüttungspolitik, Rücklagenbildung) mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar?**

Der Gewinnverwendungsvorschlag erfolgt satzungsgemäß und ist mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar.

Fragenkreis 14: Rentabilität/Wirtschaftlichkeit

- a) **Wie setzt sich das Betriebsergebnis des Unternehmens/Konzerns nach Segmenten/Konzernunternehmen zusammen?**

Entfällt

- b) **Ist das Jahresergebnis entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt?**

Das Jahresergebnis ist nicht entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt.

- c) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass wesentliche Kredit- oder andere Leistungsbeziehungen zwischen Konzerngesellschaften bzw. mit den Gesellschaftern eindeutig zu unangemessenen Konditionen vorgenommen werden?**

Es haben sich hierfür keine Anhaltspunkte ergeben.

- d) **Wurde die Konzessionsabgabe steuer- und preisrechtlich erwirtschaftet?**

Entfällt

Fragenkreis 15: Verlustbringende Geschäfte und ihre Ursachen

- a) **Gab es verlustbringende Geschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren und was waren die Ursachen der Verluste?**

Verlustbringende Geschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren, lagen im Geschäftsjahr nicht vor.

- b) **Wurden Maßnahmen zeitnah ergriffen, um die Verluste zu begrenzen, und um welche Maßnahmen handelt es sich?**

Entfällt, vgl. a)

Fragenkreis 16: Ursachen des Jahresfehlbetrages und Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage

- a) **Was sind die Ursachen des Jahresfehlbetrages?**

Entfällt

- b) **Welche Maßnahmen wurden eingeleitet bzw. sind beabsichtigt, um die Ertragslage des Unternehmens zu verbessern?**

Strategische Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage wurden nicht eingeleitet. Die voraussichtliche Entwicklung der Ertragslage ergibt sich aus der mittelfristigen Planung für die Jahre 2014 bis 2018.